©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

DANIEL HOFMANN

„VERDÄCHTIGE EILE"

Der Weg zur Koalition aus SPD und F.D.P. nach der Bundestagswahl vom 28. September 1969

I.

Die Ablösung der Regierenden von der Macht ist ein Kernproblem der Regierungslehre wie der praktischen Politik. Dabei haben Demokratien bekanntlich gegenüber Diktaturen den Vorzug, daß sich die Regierten ihrer Regierungen „ohne Blutvergießen, zum Beispiel auf dem Wege über allgemeine Wahlen, entledigen können". Dem britischen Staatstheoretiker Karl Popper zufolge ist nicht die Herrschaft des Volkes, sondern der durch institutionelle Garantien gewährleistete unblutige Regierungswechsel schlechthin „das Prinzip der Demokratie"[1]. Was dem geschichtlichen Wandel unterliegt, sind lediglich die Mechanismen, durch die sich eine solche Wachablösung vollziehen kann. Traf die politischen Führer in der Antike noch der Ostrakismos – das Scherbengericht –, so müssen sie sich heute in parlamentarisch verfaßten Staaten dem Urteil der Wähler stellen.

Als parlamentarisches System hatte die Bundesrepublik Deutschland Anfang 1969 ihre endgültige Bewährungsprobe noch vor sich[2]. Denn nach bald 20 Jahren ließ ein durch Bundestagswahlen herbeigeführter Regierungswechsel weiterhin auf sich warten. Seit der Staatsgründung befand sich die CDU/CSU als stärkste Kraft in der Regierungsverantwortung. Mit den Bundeskanzlern Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger waren ausnahmslos Christdemokraten in das politisch gewichtigste Amt der Bundesrepublik gewählt worden. Allerdings schickte sich die SPD, seit Dezember 1966 in der Koalition mit der CDU/CSU mit neun von 19 Ministern vertreten, unter ihrem Vorsitzenden Willy Brandt an, der Union die Führung streitig zu machen.

[1] Karl R. Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. I: Der Zauber Platons, Bern 1957, S. 174–177, hier 174, 176.

[2] Vgl. Klaus Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 405 f.; in diesem Sinne auch Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 293.

VfZ 48 (2000)
© Oldenbourg 2000

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Grundsätzlich nicht unerwartet, aber angesichts des nicht eindeutigen Wahlergebnisses[3] mit atemberaubender Zielstrebigkeit wurde nach der Bundestagswahl vom 28. September 1969 eine neue Koalition aus SPD und F. D. P. gebildet. Die Ablösung von CDU und CSU aus der Regierungsverantwortung hat daher als Präzedenzfall und erster „Machtwechsel" der Bundesrepublik besondere Aufmerksamkeit und schon früh quellengestützte Aufarbeitung gefunden[4]. Im historischen Schrifttum wird der Beginn der Regierung Brandt/Scheel als Wegscheide interpretiert, die nach der erfolgreichen Bewährung der Demokratie in den „stürmischen Wandlungen und Regierungskrisen" der sechziger Jahre[5] den „Übergang in die zweite Lebensphase der Bundesrepublik" eingeleitet habe[6]. Mitunter wird dies gar als „zweite Gründung der Bundesrepublik" überhöht[7]. Nicht nur für die Bundesrepublik und ihre Parteien, auch für die „sozialdemokratische Jahrhundertgestalt"[8] Willy Brandt waren diese Tage im September/Oktober 1969 folgenreich. Schufen sie doch die Voraussetzung dafür, daß sich der ehemalige Regierende Bürgermeister Berlins und amtierende Außenminister in der Folgezeit als eine Persönlichkeit von internationaler Dimension etablieren konnte.

Nach wie vor gibt es offene Fragen und unterschiedliche Deutungen der Ereignisse in und nach der Wahlnacht 1969. Mittlerweile sind eine Vielzahl von Memoiren und Biographien politischer Akteure erschienen, aus denen sich erhellende Informationen gewinnen lassen[9]. Indessen liegt es in der Natur solcher Erinnerungen, daß sie bruch-

[3] Bei den 6. Wahlen zum Deutschen Bundestag entfielen auf die CDU/CSU 46,1 v. H. der gültigen Stimmen (CDU 36,6 v. H.; CSU 9,5 v. H.), auf die SPD 42,7 v. H. und auf die F. D. P. 5,8 v. H. Die SPD errang 224, die CDU 193, die CSU 49 und die F. D. P. 30 Sitze; hinzu kamen 13 nicht stimmberechtigte Berliner Vertreter für die SPD, acht für die CDU und einer für die F. D. P. Angaben in: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1971, hrsg. vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart/Mainz 1971, S. 115, 117.

[4] Nach wie vor grundlegend Arnulf Baring in Zusammenarbeit mit Manfred Görtemaker, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982.

[5] Karl Dietrich Bracher, Die totalitäre Erfahrung, München 1987, S. 177.

[6] Kurt Sontheimer, So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik, München 1999, S. 90, 92 f.

[7] Ebenda, S. 90, unter Bezug auf Peter Pulzer, German Politics 1945–1995, Oxford 1995, S. 71 ff.

[8] Hans-Peter Schwarz, Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten, Berlin 1998, S. 672–683.

[9] Vgl. z. B. Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996; Rainer Barzel, Im Streit und umstritten. Anmerkungen zu Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und den Ostverträgen, Frankfurt a. M./Berlin 1986; Willy Brandt, Über den Tag hinaus. Eine Zwischenbilanz, Hamburg 1974; ders., Begegnungen und Einsichten; ders., Erinnerungen, Zürich 1989; Günter Diehl, Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949–1969, Frankfurt a. M. 1994; Klaus Dreher, Helmut Kohl. Leben mit Macht, Stuttgart 1998; Hans-Dietrich Genscher, Erinnerungen, Berlin 1995; Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg, Fußnoten, Stuttgart 1971; Die Kanzlermacher. Erstmals in eigener Sache: Otto Graf Lambsdorff . . ., hrsg. von Manfred Schell, Mainz 1986; Hans Ulrich Kempski, Um die Macht. Sternstunden und sonstige Abenteuer mit den Bonner Bundeskanzlern 1949 bis 1999, Berlin 1999; Peter Koch, Willy Brandt. Eine politische Biographie, wissenschaftliche Mitarbeit: Klaus Körner, Berlin/Frankfurt a. M. 1988; Erich Mende, Die FDP. Daten, Fakten, Hintergründe, Stuttgart 1972; ders., Von Wende zu Wende. Zeuge der Zeit 1962–1982, München/Berlin

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stückhaft, aus persönlicher Sicht geschrieben und häufig durch zeitlichen Abstand getrübt sind. Mit Ablauf der 30-Jahres-Sperrfrist können nun Parteiakten aus einschlägigen Archiven, ergänzt durch Überlieferungen privaten Ursprungs, ein vollständigeres Bild dessen geben, was in der Wahlnacht und den darauf folgenden Tagen geschah. Wie kam es, daß Brandt dem Bundesvorsitzenden der F. D. P., Walter Scheel, noch in der Wahlnacht ein Koalitionsangebot unterbreitete? Zu welchem Zeitpunkt nahm die Führung der Freien Demokraten von einer Koalition mit der Union endgültig Abstand? Welchen Faktoren war die rasche Einigung zwischen Sozialdemokraten und Liberalen in den grundsätzlichen Fragen zu verdanken, die bereits am 3. Oktober 1969 Bundespräsident Gustav Heinemann mitgeteilt werden konnte? Doch zunächst: Inwieweit waren bei den drei Parteien koalitionspolitische Absichten präformiert?

II.

„Das besondere Kennzeichen des Wahlkampfes 1969 war, daß alle Parteien Koalitionsaussagen vermieden."[10] Dies galt für die Parteiorgane, in vermindertem Maße aber auch für einzelne Politiker, die ihre Präferenzen teilweise zu erkennen gaben. Gründe für diese Zurückhaltung in der Koalitionsfrage waren: erstens die ungewohnte und für alle Seiten wenig komfortable Rollenverteilung im Parlament – die „Kanzlerpartei" CDU/CSU mit einem starken und unbequemen Koalitionspartner SPD, die Freien Demokraten um das politische Überleben kämpfend –, zweitens Unklarheit hinsichtlich des künftigen Profils der F. D. P., die sich gerade im Umbruch befand, und drittens allgemeine Unsicherheit in bezug auf die künftigen Mehrheitsverhältnisse. Hinzu kamen Bedenken prinzipieller Art, ob eine parlamentarische Demokratie längerfristig auf eine starke Opposition verzichten könne. Kiesinger drückte daher ein allgemeines Empfinden aus, als er auf dem Herbstparteitag der CDU 1968 in Berlin die Große Koalition als „Ausnahmefall" charakterisierte. Nicht ohne Wehmut trauerte er „den guten alten Zeiten" nach, in denen die Union noch mit einem „kleinen niedlichen Koalitionspartner zusammengespannt" war. Er schloß allerdings nicht aus, „daß das Wahlergebnis uns fortgesetzt zu einer Verlängerung der Großen Koalition zwingen könnte"[11]. Gedacht war wohl vor allem an den Fall, daß die NPD in den Bundestag kommen sollte oder die F. D. P. scheiterte.

1986; Alex Möller, Genosse Generaldirektor, München/Zürich 1978; Helmut Schmidt, Weggefährten. Erinnerungen und Reflexionen, Berlin 1996; Hans-Jürgen Wischnewski, Mit Leidenschaft und Augenmaß. In Mogadischu und anderswo; Politische Memoiren, München 1989.

[10] Marie-Luise Recker, Wahlen und Wahlkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1969, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik, Düsseldorf 1997, S. 267–309, hier 308.

[11] 16. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Teil 1: Niederschrift, Berlin, 4.–7. November 1968, hrsg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn o. J. [1968], S. 34.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei den Sozialdemokraten sah man das ähnlich. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt äußerte auf dem Parteitag im April 1969 Zweifel, ob CDU und CSU „ohne einen gewissen Koalitionszwang" den mit der SPD eingeschlagenen „Weg konsequent fortsetzen würden oder werden". In dem Grundsatzreferat „Die SPD in der Regierungsverantwortung" konstatierte er, seit Beginn der Großen Koalition habe eine „innere Veränderung aller drei Parteien" stattgefunden. Dies habe zu einer Konstellation geführt, in der – rein „theoretisch" – „jede Fraktion gegenüber jeder anderen Fraktion koalitionswillig und koalitionsfähig ist". Dabei erkannte der Fraktionschef ausdrücklich an, daß sich die F. D. P. mittlerweile zu „einer weitgehenden Renovierung ihrer Politik" entschlossen habe. Auch hier wurde die Weiterführung der bestehenden Koalition in Frage gestellt, ohne die eigene Partei festzulegen. Eine konkrete Koalitionsaussage, so Schmidt, könne erst nach der Wahl und nach Verhandlungen getroffen werden. Dann sei nur entscheidend, wer über eine „ausreichende Mandatszahl für eine sichere Gesetzgebungs- und Regierungsmehrheit" verfüge und welche Parteien ein „Maximum sachlicher politischer Einigung" zustande brächten[12].

Letztlich also blieb alles eine Frage der Wahlarithmetik und der Übereinstimmung in Sachfragen. CDU/CSU und SPD hielten sich alle Optionen offen. Die Große Koalition war eben keine *Entente cordiale*, sondern eine unter den politischen Bedingungen des Jahres 1966 gebildete *Entente approprié*, ein Zweckbündnis[13]. Das Kalkül der beiden großen Parteien im Wahlkampf war, den eigenen Anteil an den Erfolgen der Koalition herauszustellen und sich beim Wähler als Führungskraft zu profilieren. Die oppositionelle F. D. P. war auf Äquidistanz gegenüber den beiden Regierungsparteien bedacht. Doch konnte dies kaum darüber hinwegtäuschen, daß der mit den Parteitagen von Hannover und Freiburg 1967/68 sich vollziehende Reformkurs die Freidemokraten zunehmend in das Fahrwasser einer eher linksliberalen Politik trieb[14].

Ein Signal für die sich verschiebende politische Balance war die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Gustav Heinemann zum Bundespräsidenten Anfang März

[12] Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 16. bis 18. April 1969 in der Stadthalle zu Bad Godesberg. Protokoll der Verhandlungen, Anträge, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o. J. [1969], S. 64f.

[13] Wie ein Abschiedsbrief lesen sich die Zeilen Brandts an Kiesinger zu dessen 65. Geburtstag im April 1969. Brandt zog Bilanz mit den Worten, die gemeinsame Arbeit sei „im ganzen erfolgreich" gewesen, „auch wenn wir nicht immer einer Meinung sein konnten". Wichtig bleibe, daß sie „notwendig war und dass sie sich im Interesse von Volk und Staat gelohnt hat". In der kommenden „harten demokratischen Auseinandersetzung" könne keiner „garantieren, was sich dabei im einzelnen zuträgt". Kiesinger schrieb zurück, er werde „auch in Zukunft" Respekt und „Verständnis für die Situation" Brandts aufbringen, „auch wenn die Meinungen nicht immer übereinstimmten"; Schreiben Brandt an Kiesinger, 5. 4. 1969, und Schreiben Kiesinger an Brandt, 3. 5. 1969, in: Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin (künftig: ACDP), I-226-A-001.

[14] Vgl. Karsten Schröder/Wolfgang Vonhausen, Die Behandlung der Koalitionsfrage auf den Bundesparteitagen der FDP von 1967 bis 1969, in: Lothar Albertin (Hrsg.), Politischer Liberalismus in der Bundesrepublik, Göttingen 1980, S. 195–210, insbes. S. 205–208.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1969. Im dritten Wahlgang hatte den Ausschlag gegeben, daß die Freien Demokraten mehrheitlich für Heinemann stimmten[15]. Der designierte Bundespräsident bezeichnete den Vorgang wenige Tage später in einem Zeitungsinterview als „ein Stück Machtwechsel . . . nach den Regeln einer parlamentarischen Demokratie"[16] und löste damit teils heftige Reaktionen bei den Unionsparteien aus. Tatsächlich waren CDU/CSU „zum ersten Mal seit 1949 in einer wichtigen politischen Entscheidung unterlegen", wie Heinemann rechtfertigend bemerkte[17]. Nicht nur wegen dieser Weichenstellung wurde die F. D. P. in den Augen Kiesingers mehr und mehr zu einer Partei, die sich für Koalitionsgespräche nach der Wahl „immer weniger als Alternative anbietet". Hinzu kamen tiefgreifende Meinungsunterschiede insbesondere in der Deutschlandpolitik, weshalb er in einem Zeitungsgespräch im Juli 1969 freimütig die Frage stellte: „Wie soll man sich da einigen?!"[18] Die Abgrenzung gegenüber dem politischen Kurs der F. D. P. ging einher mit einem wahrnehmbar unterkühlten Verhältnis zu ihrer Führung. Mit der Folge, daß sich nach der Wahl kaum Anknüpfungspunkte zu einem gemeinsamen Gespräch boten.

Anders Brandt. Bereits Anfang Mai einigte er sich beim Mittagessen im Düsseldorfer Industrie-Club insgeheim mit Scheel, bei entsprechendem Wahlergebnis eine gemeinsame Koalition „nicht durch andere ausschließen zu lassen"[19]. Von der Wochenzeitung des Deutschen Gewerkschaftsbundes über eine mögliche Zusammenarbeit mit den Freien Demokraten befragt, bescheinigte er der F. D. P. fünf Wochen vor der Wahl Koalitionsfähigkeit. Im Schlußsatz des Interviews stellte er heraus, er stimme mit Scheel „darin überein, daß es hier weniger um Arithmetik geht als um den Inhalt des Regierungsprogramms"[20]. Brandt deutete also die Bereitschaft an, notfalls mit einer dünnen Mehrheit zu regieren. Postwendend entwickelte der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick konkretere Vorstellungen. Er bezeichnete eine gemeinsame Mehrheit von 20 Mandaten als „ausreichende Basis" für eine Koalition mit der SPD. Bedingung sei aber ein Regierungsprogramm, das die wesentlichen Punkte der

[15] Zu den Hintergründen vgl. Baring, Machtwechsel, S. 102–121; Genscher, Erinnerungen, S. 104–107; Mende, Von Wende zu Wende, S. 375–377; Wischnewski, Mit Leidenschaft und Augenmaß, S. 68f.

[16] Interview Heinemann mit der „Stuttgarter Zeitung", 8. 3. 1969, in: Dr. Dr. Gustav Heinemann antwortet. Ein Interview und seine Folgen. Dokumentation, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn o. J. [1969], S. 3.

[17] Interview Heinemann mit der Deutschen Presse-Agentur (künftig: dpa), 10. 3. 1969, in: Ebenda, S. 13–15, hier 15. Ähnlich ließ der Fraktionsvorsitzende Schmidt in einer Presseerklärung verlauten, es möge für CDU/CSU „ungewohnt sein, einmal nicht gewonnen zu haben"; Presseerklärung in: Ebenda, S. 12.

[18] Interview Kiesinger mit „Welt am Sonntag", 13. 7. 1969, in: Kurt Georg Kiesinger, Die Große Koalition 1966–1969. Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers, hrsg. von Dieter Oberndörfer, Stuttgart 1979, S. 305–307, hier 306f.

[19] Brandt, Über den Tag hinaus, S. 31f.; vgl. ders., Erinnerungen, S. 267; Baring, Machtwechsel, S. 126f.

[20] Interview Brandt mit „Welt der Arbeit" in: SPD – Pressemitteilungen und Informationen, hrsg. von Hans-Jürgen Wischnewski, Nr. 272/69, 18. 8. 1969 (Sperrfrist: 24.00 Uhr).

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wahlplattform der Liberalen aufgreife[21]. Jedermann wußte: Programmatisch waren die Freidemokraten der SPD näher als der Union. Wohl auch deswegen äußerte der stellvertretende Parteivorsitzende Hans-Dietrich Genscher Anfang September die Einschätzung, „sicher" sei ein Bündnis mit den Sozialdemokraten „wesentlich wahrscheinlicher" als mit der CDU[22]. Als sich daraufhin der populäre Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) unzweideutig für ein Zusammengehen mit den Liberalen aussprach, distanzierte sich das SPD-Präsidium öffentlich[23] und sah sich gar veranlaßt, die Existenz eines Geheimabkommens zwischen SPD und F. D. P. zu dementieren[24].

Doch der Damm war gebrochen. Zwei Wochen vor der Wahl ging Brandt so weit, wie er nur gehen konnte, ohne sein Parteipräsidium zu desavouieren. In einem ausführlichen Interview mit dem „Spiegel" signalisierte er der F. D. P. Entgegenkommen in den für sie wichtigen Themen Mitbestimmung und Wahlrechtsreform. Auf die Frage, ob er sich einen Außenminister – was zugleich hieß: Vizekanzler – Scheel vorstellen könne, entgegnete Brandt, dieser sei „nicht nur der angesehene Vorsitzende der gegenwärtigen Oppositionspartei", sondern habe seinerzeit als Entwicklungsminister „gezeigt, daß er deutsche Interessen auch dem Ausland gegenüber gut vertreten kann"[25]. Nach diesen Vorschußlorbeeren gab Scheel seine bis dahin an den Tag gelegte Zurückhaltung auf. Am 23. September verkündete er auf einer Wahlveranstaltung in Hessen coram publico, er werde mit der SPD in Bonn „den fälligen Machtwechsel vollziehen", wenn das Wahlergebnis dies gestatte[26]. Darüber hinaus präparierte er den Wunschpartner öffentlich mit einer Themenliste für Koalitionsgespräche[27]. Drei Tage vor der Wahl wiederholte er seine persönlichen Präferenzen zur besten Sende-

[21] „Mischnick: 20 Stimmen Mehrheit für SPD/FDP-Koalition würden reichen", dpa-Meldung 172 id, 20. 8. 1969, 19.09 Uhr. Wahlprogramm „Praktische Politik für Deutschland – Das Konzept der F. D. P.", verabschiedet auf dem 20. Ordentlichen Bundesparteitag vom 23.–25. 6. 1969 in Nürnberg, in: Peter Juling, Programmatische Entwicklung der FDP 1946–1969. Einführung und Dokumente, Meisenheim am Glan 1977, S. 200–209.

[22] „Wahlkampf 69: Hans-Dietrich Genscher wirbt für die Liberalen. ‚Eine Koalition mit der SPD ist wahrscheinlicher'", in: Süddeutsche Zeitung, 3. 9. 1969.

[23] Das Protokoll der Präsidiumssitzung vom 4. 9. 1969 vermerkt dazu: „Das Präsidium bedauert die Feststellungen von Karl Schiller (SPD/FDP-Koalition). Es besteht Übereinstimmung, daß vor der Wahl keine Festlegungen zu möglichen Koalitionen getroffen werden sollen. (Der Wähler entscheidet – Über Koalitionen wird nach dem 28. 9. 1969 gesprochen)". Protokoll in: Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (künftig: AdsD), Bestand SPD-Präsidium, Mappe 19.

[24] Vgl. „SPD-Präsidium: Koalitionsgespräche erst nach der Wahl", dpa-Meldung 114 id, 4. 9. 1969, 14.26 Uhr.

[25] „Die SPD wird sich nicht billig machen", in: Der Spiegel, Nr. 38, 15. 9. 1969, S. 39–52, hier 41, 44.

[26] „Scheel tritt für Koalition mit SPD ein", in: Rheinische Post, 24. 9. 1969. Bereits vor Scheel plädierte der nordrhein-westfälische F. D. P.-Landesvorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident Willi Weyer öffentlich für eine sozial-liberale Koalition auch auf Bundesebene. Vgl. Horst-Werner Hartelt, „Weyer fordert den Machtwechsel in Bonn", in: Rhein-Ruhr-Zeitung, 23. 9. 1969.

[27] Vgl. „Scheel nennt Prioritätenliste für Koalitionsverhandlungen", dpa-Meldung 158 id, 24. 9. 1969, 16.52 Uhr.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zeit in der Fernsehrunde der Parteivorsitzenden. Brandt gab bei dieser Gelegenheit zu verstehen, die SPD werde „nicht inaktiv bleiben" und der CDU nach Möglichkeit zuvorkommen, „um mit der FDP eine Regierung zu bilden"[28]. Mag sein, daß diese Ankündigung Brandts bei der Union als Wahlgeplänkel abgetan wurde. Denn noch war die Ernte des Wahlkampfes nicht eingefahren. Und es gab ernstzunehmende Skeptiker gegenüber einem sozial-liberalen Bündnis in den Reihen von F. D. P. und SPD, an prominenter Stelle Erich Mende, Herbert Wehner und auch Helmut Schmidt, der noch kurz vor der Wahl die Liberalen als unsichere Kantonisten betrachtete[29], „vom Gefühl her" aber die Union gerne in der Oppositionsrolle gesehen hätte[30]. Wie dem auch sei, in der Wahlnacht sollte der SPD-Vorsitzende aus seiner Ankündigung Ernst machen.

III.

Es war der 28. September 1969, kurz nach halb zwölf Uhr nachts, als der SPD-Vorsitzende und Kanzlerkandidat Brandt vor laufender Kamera verkündete, er habe „die FDP wissen lassen, daß wir zu Gesprächen mit ihr bereit sind". Man müsse „jetzt nüchtern davon ausgehen: SPD und FDP haben mehr als CDU und CSU". Eine Fortsetzung der Großen Koalition mit der CDU/CSU schloß er nicht kategorisch aus, sie sei aber „in diesem Augenblick keine sich anbietende Lösung"[31]. Zu dem Zeitpunkt war bereits klar, daß die SPD als einzige Partei deutliche Stimmengewinne verbuchen konnte. Dennoch blieb die CDU/CSU die stärkste politische Kraft, auch wenn Brandt formal richtig für die SPD in Anspruch nahm, vor der CDU, gefolgt von CSU und F. D. P., „größte Partei" zu sein. Eindeutiger Verlierer der Wahl war die F. D. P. Insbesondere Scheel, der sich als Parteivorsitzender mit den Koalitions-

[28] „Journalisten fragen – Politiker antworten", Leitung Reinhard Appel, ZDF, 25. 9. 1969, 21.40 Uhr. Mitschrift: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (künftig: BPA), Kommentarübersicht Nr. 182/69, 26. 9. 1969, Anhang I, in: BPA, Pressearchiv, F 1/21.

[29] Vgl. „Helmut Schmidt skeptisch gegenüber SPD/FDP-Koalition", dpa-Meldung 151 id, 22. 9. 1969, 16.11 Uhr.

[30] Schmidt erklärte, seine Gefühle würden ihn „ähnlich steuern können" wie seinen Vorredner Mischnick, der die Chancen für eine Koalition aus SPD und F. D. P. als gut bezeichnet hatte. Allerdings, so Schmidt, die politische Vernunft sage ihm, „die Lage ist noch keineswegs klar". Rainer Barzel, Helmut Schmidt, Wolfgang Mischnick, „Deutschland vor der Wahl", Leitung Günter Müggenburg, Deutsches Fernsehen (künftig: DFS), 24. 9. 1969, 20.25 Uhr. Mitschrift: Kommentarübersicht Nr. 181/69, 25. 9. 1969, Anhang I, in: BPA, Pressearchiv, F 1/21. Die Auffassung, Schmidt habe „im Herzen" einer Fortsetzung der Großen Koalition zugeneigt (so Wolfgang Jäger in: Ders./Karl Dietrich Bracher/Werner Link, Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart 1986, S. 16), verkennt den rationalen Kern seiner Zurückhaltung gegenüber einem Bündnis mit den Freien Demokraten.

[31] Willy Brandt, Zur Bundestagswahl (erste Stellungnahme), DFS und ZDF, 28. 9. 1969, 23.30 Uhr. Mitschrift: Kommentarübersicht Nr. 183/69, 29. 9. 1969, Anhang II, in: BPA, Pressearchiv, F 1/21. Zu den hs. Notizen Brandts für die Erklärung vgl. Dokument 1.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aussagen zugunsten der SPD weit vorgewagt hatte, wurde von vielen politischen Beobachtern für das schlechte Abschneiden der Liberalen verantwortlich gemacht.

Gerade diesen Umstand deutete Brandt jetzt zugunsten einer sozial-liberalen Allianz. Die früheren F. D. P.-Wähler, argumentierte er zutreffend, die ein Zusammengehen mit der Union gewollt hätten, hätten nach der Koalitionsaussage Scheels direkt CDU gewählt[32]. Die übriggebliebenen Wähler hätten für die Koalition mit der SPD votiert. Damit folgte er der Einschätzung seines Parteigenossen und künftigen Kanzleramtschefs Horst Ehmke, der aus dem Wegbrechen der rechten Wählerklientel der F. D. P. gefolgert hatte: „Wenn sie Selbstmord begehen will, muß sie sich jetzt der CDU an den Hals werfen."[33] Geschickt wurde der F. D. P. nahegelegt, beherzt die Flucht nach vorn anzutreten, nachdem die Katharsis der Partei bereits eingeleitet worden sei.

Zugleich gab Brandt mit seiner Offerte „der geschlagenen F. D. P. politischen Halt"[34] – insbesondere dem Reformflügel um Scheel, Mischnick und Genscher. An Signalen von deren Seite fehlte es nicht. Als sich nach 20 Uhr die Hochrechnungen stabilisierten und sich eine Pattsituation zwischen CDU/CSU und SPD abzuzeichnen begann, funkte die Führung der F. D. P. buchstäblich auf allen Kanälen Gesprächsbereitschaft. Zu einer Koalition mit der SPD befragt, antwortete Scheel kurz vor 21 Uhr im Deutschen Fernsehen, er könne dies nicht entscheiden, dies werde „die SPD zu entscheiden haben". Fraktionschef Mischnick hieb kurz darauf im ZDF in die gleiche Kerbe mit den Worten, „eine Mehrheit auch ohne CDU" sei „eindeutig sichtbar". Und der stellvertretende Parteivorsitzende Genscher erklärte gegen 22 Uhr, daß aufgrund des Wahlergebnisses die F. D. P. keine Initiative ergreifen könne. Wenn sich aber ein Angebot an die F. D. P. ergebe, müsse man „darüber reden". Zunächst sollten „die anderen Parteien ihre Positionen klären, ihre Koalitionsabsichten deutlich machen"[35]. Gegenstimmen nationalliberal Gesinnter aus der F. D. P. fanden dagegen kaum öffentliche Aufmerksamkeit[36].

Mit seiner eindeutigen Geste an die Adresse der Liberalen gewann der SPD-Vorsitzende gegenüber Kiesinger einen Vorsprung an Glaubwürdigkeit. Denn kurz zuvor noch hatte der Kanzlerkandidat der Union „über mögliche Koalitionsfragen nichts aussagen" wollen. Den Wahlverlierer F. D. P. schulmeisterte er mit den Wor-

[32] Wahlanalysen bestätigten, daß „der Trend der kurzfristigen Abwanderung von der F. D. P. [...] eindeutig zugunsten der CDU" ging und die Gründe „fast ausschließlich in der Einstellung zur Koalitionsfrage zu suchen" waren. Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, bearb. und hrsg. von Ossip K. Flechtheim u. a., Bd. 9, Berlin 1971, S. 577f. Vgl. auch Werner Kaltefleiter, Im Wechselspiel der Koalitionen. Eine Analyse der Bundestagswahl 1969, Köln u. a. 1970, S. 154f.

[33] Stellungnahme Ehmke, DFS, 28. 9. 1969, 23.25 Uhr. Mitschrift: Kommentarübersicht Nr. 183/69, 29. 9. 1969, S. 11, in: BPA, Pressearchiv, F 1/21.

[34] Karl-Hermann Flach, Liberaler aus Leidenschaft, München/Gütersloh/Wien 1974, S. 141.

[35] Stellungnahmen Scheel, DFS, 28. 9. 1969, 20.55 Uhr, Mischnick, ZDF, 21. 12 Uhr, Genscher, ZDF, 22.00 Uhr. Mitschriften: Kommentarübersicht Nr. 183/69, 29. 9. 1969, S. 4f., 6, 9, in: BPA, Presseararchiv, F 1/21.

[36] Vgl. Mende, Die FDP, S. 230f.; ders., Von Wende zu Wende, S. 390.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten, er „habe sie gewarnt" und „in den ganzen letzten Jahren immer wieder gesagt: Ihr seid auf einem falschen Weg." Ob Kiesinger eine Fortsetzung der Großen Koalition noch in Betracht zog, läßt sich nicht sicher beantworten. Jedenfalls hielt er sich alle Optionen offen – aus einer vermeintlich starken Position heraus. Auf ein mögliches Bündnis SPD/F. D. P. angesprochen, äußerte Kiesinger überzeugt, er „glaube nicht, daß diese Koalition politisch wirklich möglich ist"[37]. Kurz vor Mitternacht – das eben von Brandt an die F. D. P. adressierte Angebot konnte nicht unbemerkt geblieben sein – zog der Kanzler in einer Fernsehrunde von Unionspolitikern siegessicher Bilanz: „Wir sind absolut der Gewinner der Wahlen, und zwar so eindeutig wie nur irgend möglich."[38]

Der von Kiesinger zur Schau gestellte Optimismus wurde in seiner Umgebung nur bedingt geteilt. Nachdem sich klar abzeichnete, daß die Union die absolute Mehrheit der Mandate verfehlt hatte, sprach CDU-Generalsekretär Bruno Heck pragmatisch von der „numerischen Möglichkeit" einer Koalition sowohl mit der SPD als auch mit der F. D. P. Wobei er erstere „nicht für ausgeschlossen", letztere dagegen „für tragfähig" und auch „für leichter" hielt[39]. Ähnliche Präferenzen ließ der junge, mit den Freidemokraten in Rheinland-Pfalz regierende Ministerpräsident Helmut Kohl erkennen. Bei den anstehenden Koalitionsgesprächen sei das Wichtigste, „daß die CDU genau prüft, mit wem sie ihr Programm für die siebziger Jahre realisieren kann". Nach den Erfahrungen „in dieser jetzt zu Ende gehenden Koalition" gebe er persönlich „dem Mehrheitswahlrecht keine großen Chancen" – was die Liberalen sicher gerne hörten[40]. Kohl war soeben aus der rheinland-pfälzischen Landesvertretung zurückgekehrt[41], wo er mit Wissen Kiesingers ein Sondierungsgespräch mit Genscher geführt und eine Koalition „mit sehr weitreichenden Konsequenzen auch auf die Landespolitik" in Aussicht gestellt hatte mit einer „großzügigen, die Wunden heilenden Behandlung hinsichtlich der Vergabe der Kabinettspositionen". Allerdings war Kohl nicht in der Lage gewesen, das von Scheel begehrte Außenamt zuzusagen – wohl auch, weil der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß die Vergabe des Amts an

[37] Kurt Georg Kiesinger zur Bundestagswahl (erste Stellungnahme), DFS, 28. 9. 1969, 23.15 Uhr. Mitschrift: Kommentarübersicht Nr. 183/69, 29. 9. 1969, Anhang II, in: BPA, Pressearchiv, F 1/21.

[38] Kiesinger, Gerhard Schröder, Bruno Heck und Helmut Kohl zur Bundestagswahl, DFS, 28. 9. 1969, 23.45 Uhr. Mitschrift: Ebenda, Anhang III.

[39] Kurzinterview Heck, ZDF, 28. 9. 1969, 22.26 Uhr. Auszugsweise Mitschrift: Ebenda, S. 9.

[40] Kiesinger, Schröder, Heck und Kohl zur Bundestagswahl, DFS, 28. 9. 1969, 23.45 Uhr. Mitschrift: Ebenda, Anhang III.

[41] Kiesinger zufolge trafen sich Kohl und Genscher „gegen 23 Uhr". Kurt Georg Kiesinger, „So war es", Artikelserie in Bild am Sonntag, November/Dezember 1974, in: Reinhard Schmoeckel/Bruno Kaiser, Die vergessene Regierung. Die Große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 1991, S. 119. Die ungefähre Uhrzeit des Treffens wird dadurch erhärtet, daß Genscher so um 22.30 Uhr für Mischnick nicht aufzufinden war und daher an dem Treffen liberaler und sozialdemokratischer Politiker in der Wohnung Alex Möllers nicht teilnahm. Vgl. Dokument 5, Vortrag Mischnick. Dagegen kann als nicht zutreffend gelten, daß das Gespräch zwischen Kohl und Genscher „nach Mitternacht" stattfand. So in: Die Kanzlermacher, S. 99.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Scheel kategorisch abgelehnt hatte[42]. Dies aber war nicht nur für Genscher eine „Grundbedingung" für Koalitionsverhandlungen[43].

Kohl hatte sich schon kurz vor 20 Uhr bemüht, einen Kontakt mit der F. D. P. auf möglichst hoher Ebene zustande zu bringen, zunächst aber nur Bundesgeschäftsführer Hans Friderichs erreicht. Als es ihm gegen 21.30 Uhr gelungen war, Genscher ans Telefon zu bekommen, hatte Kohl im Auftrag Kiesingers vorgeschlagen, Scheel möge mit einer Delegation der Freien Demokraten in den Kanzlerbungalow kommen. Genscher hatte nach Rücksprache mit Scheel abgelehnt, sich aber zu dem Erkundungsgespräch mit Kohl bereit erklärt[44]. Kiesinger versuchte auch auf anderen Wegen, die Liberalen aus der Deckung zu holen. In der Erinnerung von Guttenbergs wurden am Wahlabend aus dem Kanzlerbungalow „laufend Telefongespräche mit FDP-Männern geführt"[45]. Zwei dieser Kontaktversuche galten dem nationalliberal gesinnten früheren stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Siegfried Zoglmann, der von Heck um ein Treffen gebeten wurde. Klaus Scheufelen, Erster Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Nordwürttemberg, Vertrauter Kiesingers und Mitglied des Bundesvorstandes, hatte bereits vor der Wahl das Gespräch mit Scheel gesucht und spielte auch jetzt eine besonders aktive Rolle. Ausdrücklich im Auftrag des Kanzlers teilte er in der Wahlnacht Hermann Müller, dem Vorsitzenden der F. D. P. in Baden-Württemberg, „als Präsidialmitglied zur Weitergabe" mit, die Union sei zur Koalition mit der F. D. P. „entschlossen". Ähnliches bekam auch Willi Weyer, der Vorsitzende der F. D. P. in Nordrhein-Westfalen, von ihm zu hören. Andere in der CDU wie der Unternehmer und nordrhein-westfälische Bundestagsabgeordnete Alphons Horten waren ebenfalls nicht untätig. Bei ihren liberalen Gesprächspartnern stießen sie aber zumeist auf eine wenig ermutigende, rezeptive Haltung. Ein wesentlicher Grund dafür war: Mit der Person Kiesingers verknüpften viele das Bild der CDU als einer Honoratiorenpartei, die als nicht modernisierungswillig galt. Neue Führungskräfte waren zwar schon in den Startlöchern, hatten sich aber in der Union noch nicht durchgesetzt. Als der liberale Landesvorsitzende Hermann Eicher, Koalitionspartner von Kohl in Rheinland-Pfalz, im Kreise der Parteikollegen für seinen Ministerpräsidenten – „ein reformfreudiger Mann" – eine Lanze brach, lautete die logische Frage daher: „Will er Kanzler werden?" Auf die Bejahung folgte der ergänzende Zuruf: „Jetzt?" Die Zeit war eben noch nicht reif. Kohl mochte der

[42] Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" berichtete, Strauß habe „vor dem Wahlgang erklärt: ‚Scheel kommt für uns als Außenminister nicht in Frage'"; „Willy, Willy, Willy", in: Der Spiegel, Nr. 40, 29. 9. 1969, S. 19–34, hier 24.

[43] Genscher, Erinnerungen, S. 109. Vgl. Dokument 5, Vortrag Genscher; Baring, Machtwechsel, S. 161–163; Dreher, Helmut Kohl, S. 139f.

[44] Vgl. Dokument 5, Vortrag Genscher; vgl. auch Klaus Bohnsack, Bildung von Regierungskoalitionen, dargestellt am Beispiel der Koalitionsentscheidung der F. D. P. von 1969, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (künftig: ZParl) 7 (1976), S. 401–425, hier 410f.; Schmoeckel/Kaiser, Die vergessene Regierung, S. 119.

[45] Guttenberg, Fußnoten, S. 161.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mann der Zukunft sein, doch noch war Kiesinger in der Bundes-CDU tonangebend[46].

Und der Parteivorsitzende und amtierende Bundeskanzler schien durch die Gesprächsabsage Scheels, der schon vor der Wahl seine koalitionspolitischen Präferenzen unmißverständlich kundgetan hatte, wenig beirrt worden zu sein. Noch glaubte Kiesinger, aus einer Position der Stärke heraus verhandeln zu können. Offenbar rechnete er zumindest bis zur nächtlichen Koalitionsanfrage Brandts an die Adresse der Freien Demokraten noch mit einem Sturz Scheels. Um 23.25 Uhr, wenige Minuten vor der Fernseherklärung Brandts, sollte er in vertrauter Umgebung die Worte äußern: „Der Scheel, der wird stürzen, das kann ich Ihnen sagen."[47] Kiesinger hoffte auf konservative Kräfte innerhalb der Freien Demokraten, die aufgrund der dünnen Mehrheit bei den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen ihr Gewicht in die Waagschale werfen konnten[48]. Diese Kräfte, so das Kalkül in Unionskreisen, müßten durch das Wahlresultat gestärkt worden sein[49]. Nicht anders waren die werbenden Worte Kiesingers kurz vor Mitternacht zu verstehen, die F. D. P. müsse sich „doch fragen, was passiert ist, warum sie diese niederschmetternde Niederlage erlitten hat". Der Grund liege „doch auf der Hand", und „daher müssen wir eben in aller Ruhe miteinander reden"[50]. Müssen? Keinen halben Tag später war es mit der Ruhe vorbei.

Was sich fortan an koalitionspolitischen Aktivitäten entfaltete und schließlich nach 20 Jahren CDU/CSU-geführter Bundesregierungen in den ersten „Machtwechsel" der Bundesrepublik Deutschland mündete, traf die Union trotz aller Fingerzeige unvorbereitet[51]. Schließlich hatten sich CDU und CSU als stärkste parlamentarische Kraft behauptet, und die F. D. P. unter Scheel hatte in der Wahl ordentlich Federn lassen müssen. Durch den Ausgang der Wahl konsolidiert, erwartete man bei den

[46] Dokument 5, Vortrag Müller, Vortrag Weyer, Vortrag Eicher, Vortrag Zoglmann.

[47] Hans Ulrich Kempski, „Mit kühlen Köpfen auf dem Weg zur Macht", in: Süddeutsche Zeitung, 4./5. 10. 1969. In seinem 1999 erschienenen Buch gibt Kempski einen weiteren Ausspruch Kiesingers wieder, den er bei gleicher Gelegenheit gesagt haben soll: „Wir brauchen uns nicht zu regenerieren. Wir haben gesiegt!"; ders., Um die Macht, S. 145.

[48] Vgl. Dokument 5, Vortrag Hoppe; Baring, Machtwechsel, S. 160; Dreher, Helmut Kohl, S. 138 f. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundeskanzler, Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, zitiert eine Einschätzung aus der engeren Umgebung Kiesingers, „mit der Niederlage der FDP sei auch Scheels Linkskurs am Ende". Kiesinger, grundsätzlich für eine „kleine Koalition" mit den Liberalen, sei aber nicht davon überzeugt gewesen, daß eine „Sperrminorität von zehn FDP-Abgeordneten" eine SPD/F. D. P.-Koalition verhindern könne, so Guttenberg, Fußnoten, S. 161 f. Kiesinger selbst antwortete noch am 5. 10. 1969 in der Fernsehsendung „Bonner Perspektiven" auf die Feststellung, er werde künftig Oppositionsführer sein: „Noch hat die Bundeskanzlerwahl nicht stattgefunden!" In: Deutschland-Union-Dienst (künftig: DUD), hrsg. vom Bundesvorstand der CDU, 23. Jg., Nr. 190, 6. 10. 1969, S. 1.

[49] So bilanzierte der DUD, die Wähler seien den Freien Demokraten „zu einem großen Teil auf den Kurs nach links nicht gefolgt". „Auftrag zur Führung", in: Ebenda, Nr. 185, 29. 9. 1969, S. 1.

[50] Kiesinger, Schröder, Heck und Kohl zur Bundestagswahl, DFS, 28. 9. 1969, 23.45 Uhr. Mitschrift: Kommentarübersicht Nr. 183/69, 29. 9. 1969, Anhang III, in: BPA, Pressearchiv, F 1/21.

[51] Vgl. Barzel, Im Streit und umstritten, S. 136.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Christdemokraten, gewohnte Wege beschreiten zu können. Am Tag nach der Wahl wertete das CDU-Vorstandsorgan „Deutschland-Union-Dienst" das Wahlergebnis noch selbstbewußt als „Auftrag zur Führung" und sicherte generös zu, die Union werde „wiederum ein fairer Gewinner sein"[52]. Doch die im Verlauf des 29. September 1969 eintreffenden Neuigkeiten veranlaßten bestürzte CDU-Offizielle bald dazu, sich so auszudrücken, als habe man es mit einem Staatsstreich zu tun. Der Sprecher der CDU, Arthur Rathke, registrierte eine „verdächtige Eile, mit der ein Teil der sozialdemokratischen Führung seit der Wahlnacht zu Werke geht", und wertete dies als „bedenklichen Versuch", das „Volk durch einen Überraschungscoup zu überrumpeln"[53]. Parteiintern machte bald darauf das Wort von einer „Verschwörung" die Runde[54]. Generalsekretär Heck vermerkte verärgert die Absicht, „mit dieser stärksten Fraktion" – gemeint war die Fraktionsgemeinschaft aus CDU und CSU – „nicht einmal in Verhandlungen einzutreten" und damit den Wählerwillen zu verfälschen. Dadurch werde das Gesetz des Handelns „in Richtung der eigentlichen Verlierer umfunktioniert"[55]. Die Fraktionsspitze von CDU/CSU gab am 1. Oktober bekannt, der Versuch der Bildung einer „Mini-Links-Regierung" widerspreche den „demokratischen Gepflogenheiten"[56]. Nur war die Übernahme demokratisch legitimierter Herrschaft eben keine Frage der Etikette, sondern eine Machtfrage. Und da galt das Gesetz des Handelns, das nicht bei dem lag, der es beanspruchte, sondern bei dem, der es am entschlossensten wahrnahm. Demgegenüber waren die Appelle der CDU mehr oder minder ins Leere laufende Versuche, das Ruder herumzureißen. Zunehmend drängte sich den Unionsparteien die schmerzliche Erkenntnis auf, daß sie „zwar die Wahlen gewonnen, die anschließende Regierungsbildung aber verloren"[57] hatten.

IV.

Was war geschehen? Egon Bahr hebt hervor, daß der nach den ersten, für die SPD ungünstigen Hochrechnungen „etwas verquollen" wirkende Brandt nur Stunden später durch seine „kaltblütige, entschlossene Führung" die Chance genutzt habe. Der enge Vertraute und langjährige Mitstreiter Brandts, der seinen Chef in den früheren Berliner Tagen als „nicht entschieden genug" und zuwenig risikofreudig emp-

[52] „Auftrag zur Führung", in: DUD, 23. Jg., Nr. 185, 29. 9. 1969, S. 1.

[53] Arthur Rathke, „Manipulierter Sieg", in: Ebenda, Nr. 186, 30. 9. 1969, S. 1f.

[54] Schreiben Generalsekretär Heck an die Mitglieder der CDU, 4. 10. 1969, in: ACDP, VII-002-026/1.

[55] Heck erklärte, nach wie vor gelte das „alte parlamentarische Gesetz, daß ... die stärkste Fraktion den politischen Führungsauftrag erhalten hat". Bruno Heck, „Unser Land braucht Stabilität", in: DUD, 23. Jg., Nr. 188, 2. 10. 1969, S. 1.

[56] Erklärung abgedruckt in: Wolfgang F. Dexheimer, Koalitionsverhandlungen in Bonn 1961 – 1965 – 1969. Zur Willensbildung in Parteien und Fraktionen, Bonn 1973, S. 143.

[57] Ebenda, S. 141; ähnlich Dirk Bavendamm, Bonn unter Brandt. Machtwechsel oder Zeitenwende, Wien/München/Zürich 1971, S. 301.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

funden hatte, führte die neue Qualität auf die „gebündelten Erfahrungen" während der Großen Koalition zurück[58]. Rolf Lahr, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes unter Brandt, urteilte, daß „die Zügigkeit des Handelns und die Härte des Willens nicht eben seine Stärke" waren, hielt jedoch die Beobachtung fest: „Letztlich weicht er nicht aus."[59] Dieser Charakterzug trat in der Wahlnacht zutage. Historiker sind sich einig, daß Brandt „mit einer für ihn ganz untypischen Entschlossenheit und Tatkraft" zu Werke ging[60]. Keiner habe „ihn vorher oder nachher so aktiv gesehen wie an diesem Abend". Aber es bleiben Fragen in bezug auf Schmidt und vor allem Wehner. Wie kam es, daß Brandt „seinem Ziehvater, seinem Zuchtmeister entlief", der als Befürworter der Großen Koalition galt[61]?

Die gewöhnlich gut unterrichtete „Frankfurter Allgemeine" meldete kurz nach der Wahl, die öffentliche Erklärung Brandts werde „in Bonn einer Initiative der FDP zugeschrieben". „In der Nacht zum Montag" sei dies dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wehner „von der FDP nahegelegt" worden[62]. Brandt selbst gab in seinen Memoiren den Hinweis, neben dem 1. stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Alex Möller und Karl Schiller hätten „auch Jüngere, die die Entscheidung mitzuprägen in der Lage waren, und – hinter den Kulissen – Gustav Heinemann" mitgeholfen, noch am Wahlabend den Machtwechsel vorzubereiten[63]. Die Bemerkung ist pikant und kann so aufgefaßt werden, als habe der zur Unparteilichkeit verpflichtete Bundespräsident verdeckt gegen Kiesinger gearbeitet. Tatsächlich kamen wichtige Anstöße aus der Umgebung Heinemanns, doch weder erkennbar von ihm selbst noch auf seine Veranlassung hin.

Kein Mitarbeiter des Bundespräsidialamtes, sondern der Heinemann privat nahestehende Zahnarzt Manfred Freise trug „als Mittelsmann, Kurier und Katalysator" dazu bei, an jenem Abend den Stein ins Rollen zu bringen. Freise, dem der mit der Bonner Szene vertraute „General-Anzeiger" eine „charakteristische Symbiose mit der Politik" bescheinigte[64], hatte als Fulbright-Stipendiat in den fünfziger Jahren die ausgeprägte personelle Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in den Vereinigten Staaten kennengelernt und seither Kontakte dorthin gepflegt. Frei von Berührungsängsten gegenüber der Politik, wirkte er seit seiner Rückkehr verschiedentlich auf das politische Geschehen ein, ohne parteipolitisch festgelegt zu sein. Über seine berufliche Tätigkeit war er mit einer Vielzahl prominenter Bonner Politiker bekannt. Alles dies verschaffte ihm die eigentümliche Mischung aus Selbstbewußtsein, Vertrautheit und Unabhängigkeit, die für einen Vermittler von Vorteil ist.

---

[58] Bahr, Zu meiner Zeit, S. 123, 193f.
[59] Rolf Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974, Hamburg 1981, S. 477.
[60] Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 245.
[61] Baring, Machtwechsel, S. 175.
[62] D. C., „Erste Minister-Angebote", in: Frankfurter Allgemeine, 30. 9. 1969.
[63] Brandt, Erinnerungen, S. 269.
[64] Helmut Herles, „Politikern auf den Zahn gefühlt", in: General-Anzeiger (Bonn), 18. 3. 1998.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die bislang nicht bekannten Vorgänge gehen aus einem längeren schriftlichen Bericht hervor, den Freise unter dem persönlichen Eindruck des soeben Erlebten am 1. Oktober 1969 für seinen Vater verfaßte[65]. Darüber hinaus kam er in den folgenden Wochen in Schreiben an Brandt, Wehner und Schmidt darauf zu sprechen[66]. Freises Bericht wird durch Äußerungen bestätigt, die Heinemanns Schwiegersohn Manfred Wichelhaus im Juli 1975 mündlich zu Protokoll gab. Wichelhaus, mit Freise gut bekannt, erlebte einen Teil der Geschehnisse mit, die er als „weitaus interessanteste Szene" der Jahre an der Seite Heinemanns bezeichnete. Seine lebendige, ihm selbst rückblickend „reichlich apokryph" klingende Schilderung gibt einzelne Impressionen aus jener Wahlnacht wieder und ist merklich knapper, aufgrund des größeren Zeitabstandes auch ungenauer als der Bericht Freises, bestätigt aber dessen aktive Rolle[67]. Wie stellen sich nun aus den Dokumenten, ergänzt durch Presseberichte und mehr oder weniger bekannte Quellen, die Ereignisse am Wahlabend dar? Folgender Hergang läßt sich daraus ablesen:

Angeregt durch eine Fernsehrunde der drei Fraktionsführer, in der Barzel wie selbstverständlich den Führungsanspruch der Union anmeldet und Schmidt daraufhin widerspricht[68], gewinnt der mit den Liberalen sympathisierende Freise die Überzeugung, F. D. P. und SPD müssen Gespräche aufnehmen, bevor die Union initiativ wird. Genscher ist ihm gut bekannt, und – was wichtig ist – aufgrund einer gemeinsam abgesprochenen Wahlannonce kennt der stellvertretende F. D. P.-Parteivorsitzende Freises politische Überzeugung. Also führt ihn der Weg zunächst in die Bundesgeschäftsstelle der Liberalen. Genscher, der sich soeben mit Kohl verabredet hat, ist erwartungsgemäß offen für eine Allianz mit den Sozialdemokraten. Er zögert aber, sich festzulegen. Verständlich, denn die F. D. P. bewegt sich auf schmalem Grat. Sie braucht Sicherheiten. Eine Mehrheit für SPD und F. D. P. gibt es zu diesem Zeitpunkt – es ist gegen 21.45 Uhr – noch nicht. Aber ein öffentliches Angebot der SPD könnte helfen, dies um so mehr, da Kiesinger schon in aller Stille hat anfragen lassen. Freise, mit dem Stab des Präsidialamtes vertraut, macht sich also auf zu Dietrich Spangenberg, Chef des Bundespräsidialamtes und bis 1967 unter Brandt Chef der Berliner Senatskanzlei. Spangenberg ist bereit, Brandt anzurufen. Brandt nimmt die Anregung, der F. D. P. ein Angebot zu unterbreiten, bedächtig auf. Auch andere wollen ihn zu diesem Schritt bewegen[69]. Allerdings hat ein Signal aus Richtung Gen-

[65] Vgl. Dokument 8.

[66] Vgl. Dokument 9; Schreiben Manfred Freise an den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Herbert Wehner, 2. 11. 1969, und Schreiben an den Bundesminister für Verteidigung, Helmut Schmidt, 25. 11. 1969, in: Privatpapiere Manfred Freise.

[67] Ms. Niederschrift des Tonbandgesprächs Manfred Wichelhaus mit Gustav W. Heinemann, Juli 1975, Wolpadingen, hs. überschrieben: „Bundestagswahl 1969", in: AdsD, Nachlaß Gustav W. Heinemann, Teil 2, Mappe 037 (b). Vgl. Anm. 191.

[68] Diskussionsrunde Barzel, Mischnick, Schmidt, ZDF, 28. 9. 1969, 21. 12 Uhr. Auszugsweise Mitschrift: Kommentarübersicht Nr. 183/69, 29. 9. 1969, S. 6, in: BPA, Pressearchiv, F 1/21. Vgl. auch Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 294.

[69] Vgl. Kempski, „Mit kühlen Köpfen auf dem Weg zur Macht", in: Süddeutsche Zeitung, 4./5. 10. 1969.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scher und, wie es scheint, mit Billigung des Bundespräsidenten eine neue Qualität. Brandt kann nicht wissen, daß Heinemann erst danach informiert wird. Es muß wenig später als 22 Uhr sein. Gerade eben hat Genscher im ZDF die beiden anderen Parteien aufgefordert, sie sollten „ihre Koalitionsabsichten deutlich machen"[70]. Zufall? Wohl kaum. Nachdem Kohl schon zeitig die Koalitionsabsichten der CDU angedeutet hatte, muß die nachfolgende Intervention Freises bei Genscher das Empfinden geschärft haben, daß die Situation sich zuspitzt. Auch die einlaufenden Hochrechnungen vermitteln dieses Gefühl, denn ebenfalls gegen 22 Uhr zeichnet sich eine Trendwende ab[71]: „Die Unionsparteien erreichen die Mehrheit der Mandate nicht."[72] Also in jedem Fall Koalition. Die für 19 Uhr in das Erich-Ollenhauer-Haus einbestellten Mitglieder des SPD-Präsidiums[73] sind zu dieser vorgerückten Stunde schon nicht mehr vollzählig beisammen, also auch nicht beschlußfähig.

Das Signal via Freise und Spangenberg an Brandt kommt gerade zur rechten Zeit. Der SPD-Vorsitzende weiß jetzt, daß die CDU bereits bei den Liberalen angefragt hat. Dies und die Fernseherklärung Genschers ergeben ein Bild mit klaren Konturen: Die Union will mit den Freien Demokraten koalieren, diese zögern aber noch und warten auf ein Zeichen der SPD . . . Zeit also zu handeln. Beides, die Initiative Freises und die Chance einer Mehrheit für SPD und F. D. P., gibt bei Brandt wohl den Ausschlag. Zum Vorsatz kommt nun die Gelegenheit hinzu. Kurz vor halb elf Uhr abends ruft er Scheel in dessen Haus auf dem Bonner Venusberg an und kündigt an, der F. D. P. ein öffentliches Koalitionsangebot unterbreiten zu wollen. Scheel, durch die erlittene Wahlschlappe persönlich getroffen, ist wenig euphorisch, aber einverstanden. Beide erinnern sich, daß Scheel auf Brandts Ankündigung nur knapp mit einem „Ja" oder mit „Ja, tun Sie das" antwortete. Konkrete Absprachen kommen nicht zustande. Sie verabreden sich für den nächsten Tag[74]. Gewarnt durch den Bericht ei-

[70] Stellungnahme Genscher, ZDF, 22.00 Uhr. Mitschrift: Kommentarübersicht Nr. 183/69, 29. 9. 1969, S. 9, in: BPA, Pressearchiv, F 1/21.

[71] Der Trend änderte sich ab 21.30 Uhr merklich zugunsten einer Koalition von SPD und F. D. P., um 22 Uhr ergab sich eine Koalitionsmehrheit von vier, gegen 22.30 Uhr von sechs und kurz nach 23 Uhr von acht Mandaten. Vgl. Bavendamm, Bonn unter Brandt, S. 295; Dexheimer, Koalitionsverhandlungen in Bonn, S. 104.

[72] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 294.

[73] Vgl. Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 25. 9. 1969, 9.00 Uhr in Bonn, in: AdsD, Bestand SPD-Präsidium, Mappe 19. Das Präsidium beschloß ebenfalls, am 29. 9. 1969 um 13.00 Uhr wieder zusammenzutreten und für 15.00 Uhr eine Sitzung des Parteivorstands gemeinsam mit dem Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion vorzusehen. Die Behauptung, Brandt habe sich bei der Gelegenheit „eine Blankovollmacht für den Koalitionsabschluß" geben lassen (so Bavendamm, Bonn unter Brandt, S. 293), ist nicht nachweisbar.

[74] Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 294f.; Brandt, Erinnerungen, S. 269. So auch undatierte hs. Aufzeichnung Scheels, 6 S., vermutlich auf Bitten Brandts für dessen „Erinnerungen" angefertigt, in: Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (künftig: WBA), Akten aus dem Privathaus Willy Brandts in Unkel (Rhein), Mappe 166 „Materialiensammlung zu Publikation: Erinnerungen"; abgedruckt in: Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969, Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin 1999.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ner überregionalen deutschen Tageszeitung, der Konspiratives nahelegt, wird Scheel zwei Tage später vor seinem Bundesvorstand betonen, er habe die Ankündigung Brandts lediglich zur Kenntnis genommen[75]. Nur Minuten nach dem Telefongespräch der beiden Parteivorsitzenden votiert Schiller, der wohl populärste Mann in Brandts Schattenkabinett, im Fernsehen für eine Koalition mit den Liberalen[76].

Zu diesem Zeitpunkt ist Freise schon bei Wehner in der SPD-Parteizentrale, auch dieser Vorstoß nicht kühler Berechnung entspringend, sondern in spontaner Reaktion auf die von Heinemann geäußerte Skepsis, ob der Architekt der Großen Koalition das mitmachen werde. Wehner, „mürrisch im Ausdruck" und das Wort von der „Pendlerpartei" noch auf den Lippen[77], läßt den als Kurier der Freien Demokraten auftretenden Freise erst einmal auflaufen, wird dann aber „geschäftsmäßig" und fragt nach Heinz Kühn, dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten. Was ist in diesen Minuten im Kopf des Parteistrategen wohl vorgegangen? Folgt man den Darlegungen Freises, so sind vier Momente erkennbar, die für Wehner den Ausschlag gegeben haben könnten: ein strategisches, ein empirisches, ein machtpolitisches und ein taktisches Moment. Erstens die ihn durch Freise erreichende Information, daß die F. D. P. eine Koalition mit der SPD anstrebe. Also ein Startvorteil gegenüber der CDU. Zweitens die Erfahrung der Bundespräsidentenwahl, bei der die Freien Demokraten mit der SPD votierten und dabei die erforderliche Geschlossenheit bewiesen, wie sie auch für eine Koalition mit dünner Mehrheit benötigt würde. Drittens die schiere Möglichkeit des Machtwechsels, zu dem nur noch der Wille fehlte. Es ist, als sei Wehner in diesem Moment aufgegangen, daß er schon jetzt am Ziel seiner Politik war, die SPD nach „langem Marsch durch den ‚CDU-Staat'"[78] mehrheits- und regierungsfähig zu machen. Und viertens die schlagende Wirkung eines Zugehens auf die F. D. P. in einem Moment, als sie unter sechs Prozent und damit in der Tat „mit der Nase im Dreck" lag. Weitere Überlegungen, wie beispielsweise die im Verlauf des Wahlkampfes zunehmende Polarisierung zwischen SPD und CDU/

[75] Vgl. Dokument 5, Vortrag Scheel. Klaus Rudolf Dreher, „Die Nacht endete anders, als sie begann", in: Süddeutsche Zeitung, 30. 9. 1969, berichtete, Brandt habe „mehrere Male" mit Scheel telefoniert. Kempski, der die Wahlnacht vor Ort miterlebt hatte, berichtete später konkretisierend von zwei nächtlichen Telefonaten der Parteivorsitzenden. Scheel habe dann nochmals um 1.20 Uhr morgens „im Erich-Ollenhauer-Haus" angerufen; vgl. Kempski, „Mit kühlen Köpfen auf dem Weg zur Macht", in: Süddeutsche Zeitung, 4./5. 10. 1969. Brandt hingegen bezeichnete es als „Legende", daß er „in jener Wahlnacht schon eine Art Koalitionsverabredung mit Scheel getroffen" habe. Seine Äußerung, das Telefongespräch sei, „was mich anging, der einzige Kontakt" gewesen, ist vage und deutet darauf hin, daß vielleicht nicht Brandt persönlich, aber jemand aus seiner Umgebung mit Scheel in Verbindung stand. Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 295.

[76] Vgl. Interview Schiller, DFS, 28. 9. 1969, 22.45 Uhr. Mitschrift: Kommentarübersicht Nr. 183/69, 29. 9. 1969, S. 9f., in: BPA, Pressearchiv, F 1/21.

[77] Wehner hatte die F. D. P. kurz vor 21 Uhr als „alte Pendlerpartei" bezeichnet, „die sich politisch noch selbst entscheiden müsse". dpa-Meldung 142 id, 28. 8. 1969, 20.50 Uhr, zit. in: Dexheimer, Koalitionsverhandlungen in Bonn, S. 103.

[78] Hildebrand, Von Erhard zur Großen Koalition, S. 406.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

CSU, mögen zu der Entscheidung Wehners beigetragen haben. Ohne Zweifel – Pendlerpartei hin oder her – will er die Möglichkeit einer „kleinen Koalition" mit den Freien Demokraten zumindest erkunden, als er nach Kühn fragt. Denn der nordrhein-westfälische Ministerpräsident führt seit Dezember 1966 gemeinsam mit dem einflußreichen F. D. P.-Landesvorsitzenden Willi Weyer eine sozial-liberale Koalition mit Modellcharakter. Außerdem kommt ein beträchtlicher Teil der liberalen Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen, folglich ein wichtiger Landesverband. Was liegt näher, als die auf Landesebene etablierten Kontakte zu nutzen?

Nicht sicher ist, ob Wehner schon in diesem Augenblick entschlossen ist, das neue Regierungsbündnis anzugehen, oder ob er sich erst wenig später dazu durchringt. Jedenfalls gibt er noch am Wahlabend der F. D. P. öffentlich zu bedenken, „in welcher Situation sie ist und ob sie sich verschlingen läßt von denen, die Teile von ihr schon verschlungen haben". Die Zahl derer, „die sich von der CDU als Stipendiaten aufnehmen lassen wollen", schätzt er klein ein[79]. Ein ausgesprochenes Statement für eine sozial-liberale Koalition ist dies – noch – nicht. Aufmerksame Beobachter wissen jedoch, daß Wehner bereits im Juli 1969 öffentlich erklärt hat, „daß die Sozialdemokraten nicht die Hand vom Drücker ziehen". In einem Interview hatte er die Koalitionsfrage von dem Ausgang der Wahl und den Verständigungsmöglichkeiten zwischen den Partnern abhängig gemacht und dabei die Freidemokraten als Regierungspartner ausdrücklich nicht ausgeschlossen[80]. Etwas zögerlich zunächst, aber dann um so entschiedener schlägt er sich jetzt auf die Seite Brandts. Wehner ist es aus Gründen der Parteiräson wichtig, den Erfolg zu sichern. Noch in der Nacht sagt er Brandt telefonisch seine Unterstützung zu[81]. Dieser wird ihn wenige Monate später als Mann würdigen, „dem die Treue zur Sache und die Treue zu anderen, die zur Sache stehen, über alles gehen"[82].

Einer Panne in der SPD-Parteizentrale ist es zu verdanken, daß Freise erneut als Überbringer froher Botschaften tätig wird: Die Telefonnummer der nordrhein-westfälischen Landesvertretung, wo Kühn sich aufhält, ist nicht auffindbar. Freise fährt mit dem Auto zur Landesvertretung. Der sich nach einem wenig optimistischen Fernsehauftritt gerade stärkende Kühn „wirft Messer und Gabel zur Seite"[83], als er die Nachricht hört. Es gibt etwas für ihn zu tun. Gemeinsam geht es zurück zur SPD-Baracke. Was nun folgt, ist bestens bekannt. Kühn und Alex Möller brechen noch vor 23 Uhr zu Möllers Wohnung auf, die gut erreichbar im Regierungsviertel liegt. Dort will man sich mit einer Riege wohlgesonnener F. D. P.-Politiker treffen. SPD-Bundesge-

[79] „Willy, Willy, Willy", in: Der Spiegel, Nr. 40, 29. 9. 1969, S. 19–34, hier 24.

[80] Reinhard Appel, gefragt: Herbert Wehner, Bonn 1969, S. 77 f.

[81] Vgl. Baring, Machtwechsel, S. 172. Kempski, Um die Macht, S. 144, berichtet, er habe zusammen mit einem Pressekollegen auf Wehner in dessen Haus auf dem Bonner Heiderhof so lange eingeredet, bis dieser „schließlich brummelnd" Brandt anrief.

[82] Willy Brandt, Vorwort, in: Manfred Schulte (Hrsg.), Herbert Wehner. Bundestagsreden, Bonn 1970.

[83] Dokument 8. Vgl. Stellungnahme Kühn, WDR, 28. 9. 1969, 22.10 Uhr. Mitschrift: Kommentarübersicht Nr. 183/69, 29. 9. 1969, S. 9, in: BPA, Pressearchiv, F 1/21.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schäftsführer Hans-Jürgen Wischnewski, der Mischnick gesucht und den deprimiert wirkenden Liberalen zusammen mit Bundesschatzmeister Hans Wolfgang Rubin und dem Berliner Justizsenator Hans-Günter Hoppe in den Fraktionsräumen der F. D. P. aufgespürt hat, kommt mit diesen hinzu. Zuvor noch verschafft sich Mischnick Rückendeckung beim Bundesvorsitzenden. Der Parlamentarische Geschäftsführer Werner Mertes ist ebenfalls mit von der Partie. Von Möllers Wohnung aus setzt sich Kühn telefonisch mit Weyer in Verbindung, der sofort zusagt, sein politisches Gewicht für eine sozial-liberale Koalition auf Bundesebene geltend zu machen[84]. Als nächstes wird Scheel von Weyer fernmündlich versichert, er werde sich um Mende kümmern. Ob Kühn und seine Mitstreiter dann aus Möllers Wohnung mit Brandt in Verbindung treten, ist nicht sicher, aber naheliegend. Die Uhr zeigt kurz nach elf an, Brandt sitzt mittlerweile an dem Entwurf seiner Erklärung, die er um 23.30 Uhr abgeben wird. Derweil fühlt Horst Ehmke in Stuttgart bei dem Landesvorsitzenden der baden-württembergischen Liberalen, Hermann Müller, vor[85].

Während also Brandt das Angebot an die F. D. P. über das Fernsehen publik macht, bereiten Befürworter der sozial-liberalen Koalition schon gemeinsam das Terrain. Ungefähr zur gleichen Zeit erkundet Genscher bei Kohl die Konzessionsbereitschaft der Union[86]. Nachdem sich die Runde in Möllers Wohnung kurz nach Mitternacht aufgelöst hat[87], begleitet Hoppe Kühn zur Landesvertretung Nordrhein-Westfalen, wo sich Kühns Küchenkabinett, daneben auch Freise und Wichelhaus, versammelt hat. Georg Leber ist dabei. Freudestrahlend berichtet Kühn über die jüngste Entwicklung: Im Grunde sei „alles gelaufen", allerdings sieht er auch, daß die F. D. P. vor einer Zerreißprobe steht. Den Vorschlag Freises, den Freidemokraten mit einem „extra Ministerium" unter die Arme zu greifen, nimmt Kühn sogleich auf. Einige Stunden später wird er ihn im Gespräch mit Weyer anbringen können.

Schließlich kommt noch Schmidt hinzu, auch sein gutes Wahlkreisergebnis signalisiert: Die deutsche Sozialdemokratie ist im Aufwind. Die Spannung des Wahlabends hat sich gelöst, in heiterer Stimmung bricht man schließlich auf. Hoppe sucht Scheel in dessen Privathaus auf, wo zu fortgeschrittener Stunde auch Mischnick und Genscher anzutreffen sind. Genscher, der jetzt erst von dem Koalitionsangebot Brandts und den Gesprächen in Möllers Domizil erfährt, bemerkt dazu rückblickend: „Die Würfel waren gefallen."[88] Auch Brandt ist die Befreiung anzumerken, die nach drükkender Ungewißheit der beherzten Entscheidung folgt. In einer „Stimmung suggestiver Zuversicht" bricht er gegen zwei Uhr morgens nach Hause auf. Zu Hans Ulrich

[84] Vgl. Dokument 5, Vortrag Mischnick; Möller, Genosse Generaldirektor, S. 415; Wischnewski, Mit Leidenschaft und Augenmaß, S. 71 f.; Koch, Willy Brandt, S. 321.

[85] Vgl. Dokument 5, Vortrag Müller.

[86] Vgl. Anm. 41.

[87] Möller erinnert sich, daß das vorläufige amtliche Endergebnis der Wahl – es wurde gegen 24 Uhr bekanntgegeben – bereits feststand, als man sich „mit guten Wünschen für die weitere Entwicklung" trennte. Möller, Genosse Generaldirektor, S. 415.

[88] Genscher, Erinnerungen, S. 109.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kempski sagt er: „Wir machen es."[89] Kurz zuvor hat Scheel öffentlich angekündigt, mit der SPD Koalitionsgespräche aufnehmen zu wollen[90]. Beide Parteien verfügen gemeinsam über eine Kanzlermehrheit von zwölf Mandaten.

V.

Rückblickend stellt sich die Frage, wann aus der Entschlossenheit Brandts zur Koalitionsbildung mit den Freien Demokraten die Gewißheit wurde, daß es auch gelingen würde. Der stellvertretende Vorsitzende der F. D. P. Erich Mende, in dessen Haus in Bad Godesberg sich am Montagabend nach der Wahl zehn Bundestagsabgeordnete der F. D. P. bei Rehrücken und Wein trafen, schrieb, „daß zu diesem Zeitpunkt eine SPD/FDP-Koalition noch keineswegs entschieden war". Zweck der Zusammenkunft war es, die einer Koalition mit der Union zuneigenden Kräfte zu sammeln, um sich parteiintern eine bessere Ausgangsposition zu verschaffen. Hoffnungsvoll stimmte zunächst, daß nach Mitternacht der kurzfristig mit Zoglmann verabredete CDU-Emissär Heck zusammen mit Kohl zu einem Besuch vorbeikam[91]. Doch die Besucher konnten wenig Ermutigendes berichten. Scheel und Genscher ließen die koalitionswillige CDU trotz mündlicher und schriftlicher Kontaktversuche[92] auflaufen, war die Klage. Man fühle sich „angeschmiert"[93].

Der Tag nach der Wahl war bis dahin für Mende und seine Freunde bei den Freien Demokraten wenig günstig verlaufen. Der Morgen begann damit, daß Brandt nach einem Telefongespräch mit Bundespräsident Heinemann[94] offiziell verlauten ließ, er

[89] Kempski, „Mit kühlen Köpfen auf dem Weg zur Macht", in: Süddeutsche Zeitung, 4./5. 10. 1969; ders., Um die Macht, S. 145.

[90] Vgl. dpa-Meldung 310 id, 29. 9. 1969, 1.31 Uhr. Angabe in: Dexheimer, Koalitionsverhandlungen in Bonn, S. 106.

[91] Neben Mende und Zoglmann gehörten offenbar Ernst Achenbach, der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende Josef Ertl, Carlo Graaff, der bayerische Staatsminister a. D. Christian Albrecht Haas, Gerhard Kienbaum, Fritz Logemann und der frühere Bundesminister der Finanzen, Heinz Starke, diesem Kreis an, vermutlich auch W. Alexander Menne. Vgl. Mende, Die FDP, S. 231; ders., Von Wende zu Wende, S. 391–393; Bohnsack, Bildung von Regierungskoalitionen, S. 413 f.; Mathias Siekmeier, Restauration oder Reform? Die FDP in den sechziger Jahren – Deutschland- und Ostpolitik zwischen Wiedervereinigung und Entspannung, Köln 1998, S. 432. Mende, Starke und Zoglmann wechselten im Oktober 1970 zur CDU/CSU-Fraktion.

[92] Zu den nachdrücklichen Versuchen Hecks, tagsüber Genscher zu erreichen, vgl. Siekmeier, Restauration oder Reform, S. 431.

[93] Dokument 5, Vortrag Zoglmann.

[94] Brandt informierte Heinemann gegen 9.30 Uhr in einem nur zwei Minuten dauernden Telefonat über seine Absicht. So unter Verweis auf den Terminkalender Heinemanns Rolf Zundel, „Amoklauf der Enttäuschten. Von den blinden Attacken wird auch der Bundespräsident nicht ausgenommen", in: Die Zeit, 17. 10. 1969. Der persönliche Taschenkalender Heinemanns enthält für die Woche vom 28. 9.–4. 10. 1969 keinerlei Eintragungen über Gespräche mit Brandt, Kiesinger oder Scheel. Vgl. AdsD, Nachlaß Gustav W. Heinemann, Teil 2, Mappe 026. Der größerformatige Terminkalender des Bundespräsidenten ist offenkundig dem Nachlaß nicht beigegeben worden.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

werde sich „um die Zustimmung der Mehrheit des Bundestages für die Wahl zum Bundeskanzler bemühen“[95]. Eine öffentliche Festlegung auf eine Koalition mit der F. D. P. war damit noch nicht erfolgt. Heinemann verständigte daraufhin Kiesinger, mehr aus einem Gefühl der Fairneß, nicht jedoch aus der Überzeugung heraus, den Kanzlerkandidaten der stärksten Fraktion mit der Regierungsbildung beauftragen zu müssen[96]. Wochen vorher bereits hatte er Bahr mitgeteilt, daß er sich dazu keineswegs verpflichtet fühle[97]. Kiesinger suchte Heinemann dann – nach einer Anfrage Spangenbergs bei Kiesingers Parlamentarischem Staatssekretär von Guttenberg, wo denn sein Chef bleibe[98] – gegen 16.30 Uhr auf und warf im Kampf um die Kanzlerschaft seinen Hut in den Ring. In der Zwischenzeit waren die zielstrebigen Vorklärungen in den Gremien der SPD und F. D. P. aber so weit gediehen, daß Brandt dem Bundespräsidenten um 17.40 Uhr mitteilen konnte, „daß die Chancen für eine neue Koalition gut stehen“[99].

Den Auftakt dieser Besprechungen bildete nicht zufällig eine Sitzung des Landesvorstandes der nordrhein-westfälischen F. D. P. unter Beteiligung Scheels und Genschers. Beide Politiker erhofften sich von dem Votum dieses gewichtigen Landesverbandes, der Ende 1966 eine Koalition mit der SPD eingegangen war, einen prägenden Einfluß auf den weiteren Verlauf der innerparteilichen Debatte. Ergebnis der für 11 Uhr im Düsseldorfer Künstlerlokal „Malkasten“ anberaumten und dann wegen Platzmangels in das Landtagsgebäude verlegten Sitzung war dann auch, daß sich der Landesvorstand auf die Empfehlung einigte, „zunächst Verhandlungen mit der SPD aufzunehmen“[100]. 39 der 41 anwesenden Mitglieder stimmten für diese Linie, Zoglmann als einziger dagegen[101]. Mende – in der vorausgegangenen Diskussion „mehr und mehr isoliert“[102] – hatte vorzeitig die Sitzung verlassen. Die Voten anderer Landesverbände tendierten in die gleiche Richtung, allerdings nicht immer so eindeutig[103]. Zuvor schon hatten Willi Weyer und sein Koalitionspartner Kühn ihr in der Wahlnacht verabredetes Gespräch frühmorgens geführt und mit Billigung ihrer Parteiführungen das Feld der Verhandlungsthemen abgesteckt. Das Gespräch war derart erfreulich verlaufen, daß Kühn den Ausgang der Landesvorstandssitzung gar nicht erst abwartete und sich schon in einem Fernsehinterview gegen Mittag „sehr zuver-

[95] SPD – Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 433/69, 29. 9. 1969. Undatierter hs. Entwurf Brandts in: WBA, SPD-Parteivorsitzender, Vertrauliche Aufzeichnungen 1966–1969.

[96] Vgl. Dokument 10.

[97] Vgl. Bahr, Zu meiner Zeit, S. 243. Das Gespräch fand am 2. 9. 1969 statt.

[98] Vgl. Volkmar Hoffmann, „Nur Barzel versucht die Union zu formieren“, in: Frankfurter Rundschau, 2. 10. 1969.

[99] Zundel, „Amoklauf der Enttäuschten“, in: Die Zeit, 17. 10. 1969.

[100] Erklärung Weyer nach der Sitzung des Landesvorstandes, gesendet in „heute“, ZDF, 29. 9. 1969, 19.45 Uhr. Mitschrift: Kommentarübersicht Nr. 184/69, 30. 9. 1969, S. 9, in: BPA, Pressearchiv, F 1/21.

[101] Zu Verlauf und Ergebnis der Sitzung vgl. Siekmeier, Restauration oder Reform, S. 429–431.

[102] Friedrich Kassebeer, „Mende ging und alle Fragen blieben“, in: Süddeutsche Zeitung, 30. 9. 1969.

[103] Vgl. Stenographische Niederschrift über die Sitzung des Bundesvorstandes der F. D. P. am 30. 9. 1969, 10.00 Uhr in Bonn, in: Archiv des Deutschen Liberalismus, Friedrich-Naumann-Stiftung, Gummersbach (künftig: ADL), Akte 153; Bohnsack, Bildung von Regierungskoalitionen, S. 412f.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sichtlich" äußerte, „daß wir sehr bald eine Regierung aus SPD und FDP haben können". Er gehe auch davon aus, daß bei den anstehenden Beratungen der SPD-Gremien „die Entscheidung eindeutig in Richtung FDP fallen" werde[104].

Das anschließend tagende Präsidium der SPD, vor dem Kühn über sein Gespräch mit Weyer berichtete, stimmte der Erklärung Brandts vom Morgen nachträglich zu. Das Präsidium kam überein, „sofort Verbindung mit der FDP" aufzunehmen „mit dem Ziel, Verhandlungen zu beginnen" – die damit offiziellen Charakter annahmen. Möller, in dessen Wohnung am Vorabend erste informelle Parteigespräche geführt worden waren, wurde mit der Koordination der Kontakte zur F. D. P. beauftragt. Flankierend wollte man zur Industrie, zur Katholischen Kirche und zum Arbeitnehmerflügel der CDU Fühlung aufnehmen. Die Möglichkeit einer Großen Koalition wurde gar nicht erst diskutiert. Schmidt, der sich im Präsidium als erster Brandt mit Handzeichen anschloß[105], und Wehner waren schon vor der Sitzung für eine Koalition mit der F. D. P. eingetreten[106]. In der dann folgenden gemeinsamen Sitzung bestätigten die Vorstände von Partei und Bundestagsfraktion einstimmig diese Linie[107]. Eine Kommission, der Brandt, Schmidt, Wehner, Schiller, Möller, Kühn und Georg Leber angehörten, erhielt das Mandat für Verhandlungen mit der F. D. P. über die Regierungsbildung[108]. Damit war die Festlegung in dieser Richtung erfolgt. Brandt betrachtete einen Regierungswechsel angesichts des Wahlergebnisses als „zwingend". Die im Wahlkampf zutage getretene Polarisierung gestatte keine Fortsetzung der Großen Koalition. Seiner Formulierung, Kiesinger und Barzel hätten „bereits das Joch aufgebaut, durch das jeder gehen muß, wenn er von dieser Partei in Gnaden aufgenommen werden will", war die angestaute Bitterkeit anzumerken. Fast drei Jahre hatte Brandt die Rolle des Juniorpartners von Kiesinger und dessen außenpolitische Gängelungen erdulden müssen. Mit der kategorischen Erklärung: „Ich bin nicht bereit, durch dieses Joch zu gehen", warf er sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale[109]. Der Vorschlag, personelle Fragen bei den beginnenden Besprechungen mit den Freien Demokraten zunächst auszuklammern[110], war wohlüberlegt. Per-

[104] Interview Kühn mit Ernst-Dieter Lueg, DFS, 29. 9. 1969, 13.10 Uhr. Mitschrift: Kommentarübersicht Nr. 184/69, 30. 9. 1969, Anhang II, in: BPA, Pressearchiv, F 1/21.

[105] Vgl. Protokoll der Sitzung des Präsidiums am 29. 9. 1969, 13.00 Uhr in Bonn, in: AdsD, Bestand SPD-Präsidium, Mappe 19; Volkmar Hoffmann, „Als erster hob Helmut Schmidt seinen Arm", in: Frankfurter Rundschau, 1. 10. 1969.

[106] Vgl. Erklärungen von Schmidt und Wehner vor der Präsidiumssitzung, gesendet in „heute", ZDF, 29. 9. 1969, 20.45 Uhr. Mitschrift: Kommentarübersicht Nr. 184/69, 30. 9. 1969, S. 8, in: BPA, Pressearchiv, F 1/21.

[107] Vgl. Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand und Fraktionsvorstand am 29. 9. 1969, 15.00 Uhr in Bonn, in: AdsD, Bestand SPD-Parteivorstand, Box 32.

[108] Sitzungskommuniqué in: SPD – Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 436/69, 29. 9. 1969.

[109] Dokument 2; vgl. Hoffmann, „Als erster hob Helmut Schmidt seinen Arm", in: Frankfurter Rundschau, 1. 10. 1969. Brandt wiederholte die Äußerung fast wörtlich in der Parteiratssitzung am 30. 9. 1969; vgl. Dokument 4.

[110] Vgl. hs. Notizen Brandts für die Sitzung, überschrieben „PV 29/5", in: WBA, SPD-Parteivorsitzender, Vertrauliche Aufzeichnungen 1966–1969.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sonalfragen waren Machtfragen, wie Brandt wußte, die bei den zu erwartenden Flügelkämpfen in der F. D. P. für Sprengstoff sorgen würden. Wenn man sich aber in den Koalitionsgesprächen als erstes in den programmatischen Fragen einigte, konnte die der SPD freundlich gesonnene Gruppe um Scheel, Genscher, Mischnick und Müller einen Verhandlungserfolg vorweisen, der ihr in der innerparteilichen Auseinandersetzung den Rücken stärkte. Die Zurückdrängung oder Einbindung der konservativ orientierten Kräfte bei den Freien Demokraten war für die Bildung einer stabilen Regierungsmehrheit unabdingbar.

Für den Parteivorsitzenden Scheel ging es dabei um alles oder nichts. Sein Sieg im parteiinternen Richtungskampf und das mit der SPD angestrebte Regierungsbündnis waren untrennbar miteinander verknüpft. Zweifellos hätte ein Scheitern der Gespräche mit der SPD seinen Rücktritt zur Folge gehabt. Scheel hatte sich persönlich zu weit vorgewagt, um seine Partei noch in eine Koalition mit der CDU/CSU führen zu können. Und bei der eher unwahrscheinlichen Alternative einer Fortsetzung der Großen Koalition wäre für die Freidemokraten nichts geblieben außer einem Wahldebakel, das nach personellen Konsequenzen verlangte. Der Erfolgsdruck war also groß. Dringend benötigten Rückhalt erhielt Scheel am Abend des 29. September vom Präsidium der F. D. P. Auf einer sehr kurzen Sitzung, ohne den erkrankten stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion im Bundestag, Knut von Kühlmann-Stumm, auffälligerweise aber mit dem nicht stimmberechtigten Hoppe, folgten die Präsidiumsmitglieder der von Scheel und dem nordrhein-westfälischen Landesvorstand vertretenen Linie. An Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, die am nächsten Tag zusammentreten sollten, erging der Vorschlag, „Koalitionsverhandlungen mit der SPD zu führen und Verhandlungen mit der CDU vorzubehalten“[111]. Präferenz und Rückfallposition waren damit klar benannt.

In der kurz danach stattfindenden persönlichen Begegnung Scheels mit Brandt am Abend des 29. September, der ersten nach der Wahl, waren sich beide schnell einig, „rasch eine Grundentscheidung zu treffen“. Dem nur eine Stunde dauernden Gespräch der beiden Parteivorsitzenden in der Berliner Landesvertretung – vermittelt durch Hoppe, mit Brandt aus gemeinsamen Berliner Tagen bekannt und von diesem noch in der Wahlnacht angerufen – kam für die weitere Entwicklung einige Bedeutung zu. Nicht nur, weil es den Testfall einer künftigen Zusammenarbeit bildete. Vorbehaltlich noch ausstehender Parteibeschlüsse wurde hier auch der weitere Kurs abgesteckt. Die Entscheidungen des Tages gaben dabei Rückenwind. Von elementarer Bedeutung für Scheel waren die Zusicherungen Brandts, daß Kühn die bestehende Koalition in Nordrhein-Westfalen nach den nächsten Wahlen fortsetzen wolle und eine „gründliche Verständigung in Hessen“, vielleicht „darüber Hinausgehendes“, mit der SPD-geführten Landesregierung unter Ministerpräsident Albert Osswald möglich sei. In beiden Bundesländern sowie in Bayern, Hamburg, Niedersachsen und dem Saarland standen 1970 Landtagswahlen an. Es ging also darum, die politi-

[111] Ergebnisniederschrift über die Sitzung des Präsidiums am 29. 9. 1969, 19.45 Uhr in Bonn, in: ADL, Akte 184.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sche Präsenz des künftigen Koalitionspartners F. D. P. auf Landesebene zu festigen. Mit der Anregung Brandts, daß über Personalfragen „nicht zuerst zwischen den Kommissionen, sondern zwischen den Vorsitzenden gesprochen werden" sollte, war Scheel einverstanden; die Parteichefs etablierten damit zugleich einen direkten Draht. Drei Personalabsprachen wurden umgehend getroffen: Scheel sollte das Außenministerium übernehmen, Genscher ein weiteres Ministerium und Josef Ertl durch eine hohe Position im Landwirtschaftsministerium – Minister oder Staatssekretär – für die neu zu bildende Regierung gewonnen werden. Das bedeutete drei Ministerien für den kleinen Koalitionspartner nebst Staatssekretärsposten. Das Führungsduo verabredete, in den Gesprächen der Parteikommissionen die Verhandlungsfolge – erst Sachfragen, dann Personalfragen – strikt einzuhalten[112].

Offenbar erst nach seiner Rückkehr aus der Berliner Vertretung erreichte Brandt die Einladung Kiesingers „zu einem Gespräch über die Situation nach der Wahl, insbesondere über Fragen der Regierungsbildung". Das Telegramm war um 15.45 Uhr aufgegeben worden, die Begegnung war von Kiesinger „im Laufe des heutigen Nachmittags und Abends" vorgesehen[113]. Jetzt war es dafür zu spät. Ob das Fernschreiben bei rechtzeitigem Eingang den Lauf der Ereignisse gewendet hätte, muß sehr bezweifelt werden. Brandt nahm die Offerte des amtierenden Regierungschefs zwar an, aber „allein der guten Form wegen"[114]. Das gemeinsame Kommuniqué des erst am Dienstag, dem 30. September, stattfindenden Treffens hielt lapidar fest: „Eine etwaige Fortsetzung der Großen Koalition wurde nicht erörtert."[115] Auch Kiesinger neigte ja einer Koalition mit den Freidemokraten zu. Wie die von CSU-Chef Strauß am Montag an die F. D. P. adressierten Lockrufe zeigten, setzte man dabei anfangs auf die Gruppe um Mende[116]. Kiesinger selbst unterbreitete im Laufe des 29. September Scheel per Telegramm erneut ein Gesprächsangebot. Dieser verwies in seiner Antwort auf die am Folgetag stattfindende gemeinsame Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion, wo „über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen entschieden" werde. „Unmittelbar danach" wolle er Kiesinger „von dem Ergebnis unterrichten"[117]. Das ganze war unverbindlich und klang so, als wolle Scheel Zeit gewinnen. Als Kiesinger vor dem Bundesvorstand der CDU zunächst dafür plädierte, abzuwarten, „wie er" – gemeint war Scheel – „mich unterrichtet", hielt es Kohl und Barzel

[112] Dokument 3; Dokument 5, Vortrag Hoppe. Bei den tags darauf aufgenommenen Koalitionsverhandlungen war vorübergehend ein viertes Ministerium für die F. D. P. im Gespräch. So Brandt laut Protokoll der Sitzung der Bundestagsfraktion am 3. 10. 1969, 11.30 Uhr in Bonn, in: AdsD, SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, V. Wahlperiode 1965–1969, Fraktionssitzungen, Mappe 137.

[113] Dokument 4, Anm. 149.

[114] Als Zitat Brandts ausgewiesen in: Udo Bermbach, Stationen der Regierungsbildung 1969, in: ZParl 1 (1970), S. 5–23, hier 12.

[115] SPD – Pressemitteilungen und Informationen, Nr. 440/69, 30. 9. 1969.

[116] Vgl. Dokument 4. Der CSU-Vorstand sprach sich am 30. 9. 1969 geschlossen für ein Bündnis mit der F. D. P. aus. Vgl. „CSU einstimmig für Koalition mit der FDP", in: Süddeutsche Zeitung, 1. 10. 1969.

[117] Schreiben Scheel an Kiesinger, 29. 9. 1969, in: ACDP, I-226-A-314.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kaum auf den Plätzen. Die SPD sei „drauf und dran, die FDP zu Höchstmarktpreisen einzukaufen", warnte der rheinland-pfälzische Regierungschef. Da müsse man gegenhalten. Und Barzel regte an, die Fraktion der Freien Demokraten „in den nächsten Stunden so zu beeinflussen, daß sie nicht morgen ein Abkommen treffen kann, ohne den Beschluß zu fassen, erst auch mit uns gesprochen zu haben". Geradezu prophetisch sprach er die Befürchtung aus: „Wenn wir das nicht erreichen, liegen die morgen mittag fest." Kiesingers Reaktion verdeutlichte die ganze Verlegenheit der CDU-Führung. Er stimme diesen Analysen „voll zu". Hilflos stellte der Parteivorsitzende dann die Frage, „wie kommen wir an die Leute heran?"[118] Die Kontakte zur F. D. P.-Spitze waren eben sträflich vernachlässigt worden.

Am 30. September standen die Avancen von CDU und SPD vor Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der F. D. P. auf dem Prüfstand. In der Art einer „qualvollen Springprozession"[119] gelang es Scheel nach einer langwierigen und spannungsgeladenen Aussprache schließlich, die von ihm propagierte Linie durchzusetzen. Beide Gremien billigten in gemeinsamer Abstimmung die zuvor vom Bundesvorstand verabschiedete Empfehlung. Sie sah vor, mit der SPD Verhandlungen über die Regierungsbildung auf der Basis des liberalen Wahlprogramms aufzunehmen und die Union darüber in Kenntnis zu setzen. Auf Vorschlag Genschers wurden nach Proporzgesichtspunkten zu Mitgliedern der Verhandlungskommission benannt: der Bundesvorsitzende und seine Stellvertreter Genscher und Müller als Vertreter der Bundespartei, Mischnick und die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Ertl und Wolfram Dorn als Repräsentanten der Fraktion – Kühlmann-Stumm war erkrankt – sowie Weyer als Vorsitzender des Landesverbandes, der bereits in einer Koalition mit der SPD stand. Durch Müller und Ertl waren zugleich die Landesverbände Baden-Württemberg und Bayern mit eingebunden. Da Müller häufig nicht in Bonn war, wurde Alois Mertes zu seinem Vertreter bestimmt. Mit Ausnahme von Ertl waren alle klare Befürworter einer Koalition mit der SPD[120]. Am Morgen des gleichen Tages tagten die Mitglieder von Parteivorstand, Fraktionsvorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD in gemeinsamer Sitzung. Ein bundesparteiliches Großtreffen also, nach dem sich die Vorstände von Partei und Fraktion bereits am Vortag hinter Brandt gestellt hatten. Der Parteichef warb für seinen Kurs, der eindrucksvolle Bestätigung aus der Bevölkerung erfahren habe. Beifall erhielt er, als er mit deftigen Worten die Arroganz der Union kritisierte und an das Selbstbewußtsein der Partei appellierte. Er und die Partei, das war klar, würden sich nicht in das „Joch" einer Großen Koalition mit der CDU/CSU fügen. Als Brandt sein Plädoyer beendet hatte, wurden keine Fragen gestellt. Die Zustimmung war allgemein[121].

[118] Stenographischer Bericht der fünften Sitzung des Bundesvorstandes am 29. 9. 1969, 17.00 Uhr in Bonn, in: ACDP, VII-001-018/5.

[119] Baring, Machtwechsel, S. 151.

[120] Vgl. Stenographische Niederschrift über die Sitzung des Bundesvorstandes der F. D. P. am 30. 9. 1969, 10.00 Uhr in Bonn, in: ADL, Akte 153; vgl. auch Dokument 6.

[121] Vgl. Dokument 4.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachdem in den Gremien der F. D. P. die Vorentscheidung zugunsten der SPD gefallen war, kam am Dienstagabend gegen 18 Uhr eine Begegnung zwischen Scheel und Kiesinger im Bundeskanzleramt zustande[122]. Scheel war auf dem Weg zu dem ersten Treffen der Verhandlungskommissionen von SPD und F. D. P. Für ihn war es eine Art Zwischenstopp, um Kiesinger über die Beschlüsse seiner Partei in Kenntnis zu setzen. Um doch noch ins Spiel zu kommen, bot Kiesinger ein „umfassendes Bündnis für die 70er Jahre" an, dem ein „modernes Konzept" zugrunde liegen sollte[123]. Das hörte sich zwar gut an, war aber – da nur mündlich unterbreitet – wenig handfest. Mischnick wurde später recht deutlich. Kiesingers Offerte sei erstens „viel zu vage", zweitens „so umfassend" und von daher wenig glaubwürdig und drittens nicht wirklich willkommen gewesen. Als Koalitionspartner habe man sich in der Vergangenheit nicht immer gut behandelt gefühlt, „psychologische Fehler" der CDU hätten die Neigungen der Freien Demokraten reduziert, einem Koalitionsangebot näherzutreten[124]. Zumal man es nach Lage der Dinge nicht nötig hatte.

Kiesinger selbst gab wenig später unumwunden zu, man habe sich in der Außen- und Deutschlandpolitik „recht auseinandergeredet". Er könne auf diesem Gebiet auch „keinerlei wirklich prinzipielle Zugeständnisse ins Auge fassen"[125]. Abgesehen von diesen programmatischen Differenzen, die sich nicht wegreden ließen, war das Ad-hoc-Angebot der CDU/CSU einfach schlecht vorbereitet. Auch wenn der CDU-Vorsitzende schon am Wahlabend die Nähe zur F. D. P.-Führung um Scheel gesucht hatte – im Gegensatz zu Brandt war er eben erst *nach* der Wahl dazu bereit gewesen. Angesichts dieses verzögerten Starts handelte er in den alles entscheidenden 48 Stunden nach Schließung der Wahllokale nicht energisch genug, um das Blatt doch noch wenden zu können.

Die erste Verhandlungsrunde[126] der Delegationen von SPD und F. D. P. am 30. September in Brandts Wohnsitz auf dem Venusberg verlief – wie die folgenden auch – „ohne Schwierigkeiten"[127]. Beide Seiten waren in den Sachfragen „konziliant, aber gleichwohl zielbewußt"[128]. Schon bei diesem Treffen erzielten sie bei den kontroversen Fragen der Mitbestimmung und der Steuerpolitik erste Übereinkünfte. Es zeigte sich, daß die beiderseitigen Vorstellungen „durchaus miteinander vereinbar" waren, wie Genscher später befriedigt feststellte. Besondere Genugtuung bereitete den Liberalen, daß die Frage des Mehrheitswahlrechts „damit vom Tisch" war, die in

[122] Vgl. „Parteien. Auf dem Wege zu einer neuen Koalition", dpa-Meldung 228 id, 30. 9. 1969. Vgl. auch Baring, Machtwechsel, S. 156f.

[123] Heck, „Unser Land braucht Stabilität", in: DUD, 23. Jg., Nr. 188, 2. 10. 1969, S. 1.

[124] Erklärung Mischnick, Süddeutscher Rundfunk, 4. 10. 1969, 12.45 Uhr. Mitschrift: Kommentarübersicht Nr. 188/69, 6. 10. 1969, S. 20, in: BPA, Pressearchiv, F 1/21.

[125] Interview Kiesinger, ZDF-Magazin, 1. 10. 1969, 20.15 Uhr, auszugsweise abgedruckt in: Dexheimer, Koalitionsverhandlungen in Bonn, S. 141f., hier 142. So auch Kiesinger in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 2. 10. 1969, 11.00 Uhr in Bonn. Protokoll in: ACDP, VIII-001-1020/1.

[126] Zu den Beratungen der Verhandlungskommissionen in der Woche nach der Wahl vgl. Bermbach, Stationen der Regierungsbildung 1969, S. 12–14; Dexheimer, Koalitionsverhandlungen in Bonn, S. 126f.

[127] Wischnewski, Mit Leidenschaft und Augenmaß, S. 72.

[128] Möller, Genosse Generaldirektor, S. 416.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den zurückliegenden Jahren ihre Existenz bedroht hatte[129]. Die Koalitionspartner in spe kamen überein, sich zunächst für die Dauer einer Legislaturperiode aneinander zu binden; dies sollte auch Gegenstand der Koalitionsvereinbarung werden. Es wurde angestrebt, eine Einigung in den wichtigsten Sachfragen „möglichst noch in dieser Woche" zu erreichen[130].

Dies alles vermittelte nicht den Eindruck eines vorsichtigen Abtastens. Man fing sofort bei der konkreten Umsetzung dessen an, was im Grunde schon beschlossene Sache war. Mit anderen Worten: Das Regierungsbündnis war an diesem letzten Septemberabend des Jahres 1969 so gut wie perfekt. In der zweiten Besprechung am Morgen des 1. Oktober in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen wurde das Feld der Außen- und Deutschlandpolitik im Schnelldurchgang[131] abgehakt. In legerer spätsommerlicher Atmosphäre – „warm, verqualmt, feucht, die künftigen Partner duzen sich auch und ziehen als erste die Jacken aus"[132] – einigten sich die Unterhändler dann über ein Thema nach dem anderen: Landwirtschaft, Verteidigung, Verkehr, Justiz, Bildung, Wirtschaft. Zielbewußt berieten die von Brandt und Scheel geführten Kommissionen auch über eine Reform der Parlamentsarbeit, „damit eine Koalition SPD/FDP auch in den Ausschüssen die Mehrheit hat". Gemeinsam wurde also schon die Konsolidierung der parlamentarischen Macht vorbereitet. Es bestand Einigkeit, daß kein förmlicher Koalitionsvertrag abgeschlossen werden sollte. Doch wurden Genscher, Mertes, Wehner und Wischnewski beauftragt, eine „schriftliche Formulierung der Sachfragen" vorzunehmen[133]. Sie wurde dann am 2. Oktober nachmittags in gemeinsamer Sitzung beraten und beschlossen[134]. Tags darauf, am letzten Werktag der Woche nach der Wahl, tagten die Bundestagsfraktionen von SPD und F. D. P. und erteilten – im Grunde pro forma, allein bei den Liberalen gab es drei Enthaltungen – dem Verhandlungsergebnis ihren Segen, das als Grundgerüst des Regierungsprogramms verstanden wurde[135]. Die Freien Demokraten beschlossen darüber hin-

[129] Genscher, Erinnerungen, S. 109. Vgl. dazu Dokument 2.

[130] Dokument 7.

[131] Bahr schreibt, Scheel habe das von ihm vorbereitete und von Brandt übergebene vierseitige Papier zur Außenpolitik der künftigen Regierung zehn Minuten lang studiert und gebilligt. Vgl. Bahr, Zu meiner Zeit, S. 270.

[132] Ebenda. Irrtümlich stellt Bahr das Treffen in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung als das „erste Koalitionsgespräch mit den Freien Demokraten" vor.

[133] Ms. Aufzeichnung „Ergebnis der Koalitionsverhandlungen vom 1. 10. 1969", 5 S., als Verfasser vermerkt „Hans-Jürgen Wischnewski" und datiert „Bonn, den 2. 10. 1969", in: WBA, Bundeskanzler und Bundesregierung 1969–1974, Mappe 61.

[134] Abgedruckt in: Wischnewski, Mit Leidenschaft und Augenmaß, S. 395–397. Undatierter Entwurf „Ergebnis der Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und FDP", 7 S., mit hs. Korrekturen Brandts, in: WBA, Bundeskanzler und Bundesregierung 1969–1974, Mappe 61.

[135] Brandt berichtete am 3. 10. 1969 vor der Bundestagsfraktion, es sei „nicht vorgesehen, das Ergebnis der Verhandlungen mit der FDP in einer Koalitionsvereinbarung früherer Art festzuhalten. Maßgeblich für die Arbeit der beiden Koalitionspartner werde alleine die Regierungserklärung sein." Protokoll der Sitzung am 3. 10. 1969, 11.30 Uhr in Bonn, in: AdsD, SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, V. Wahlperiode 1965–1969, Fraktionssitzungen, Mappe 137.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aus, auf ein schriftliches Koalitionsangebot Kiesingers – Scheel durch Rathke am späten Morgen übergeben – nicht mehr einzugehen[136]. In den frühen Abendstunden des 3. Oktober suchten Brandt und Scheel den Bundespräsidenten auf und teilten ihm die Einigung mit. Es war 19.12 Uhr, als Heinemann „mit den beiden Parteiführern, die ihm zum höchsten Amt im Staate verhalfen", vor die Presse trat. Brandt mußte sich an seine neue Rolle noch gewöhnen. Die SPD, so der Kanzlerkandidat, habe einmütig ihren Willen bekundet, die Freien Demokraten einzuladen – hier stutzte er und korrigierte sich: „Nein, nicht nur einzuladen, sondern eine neue Bundesregierung zu bilden."[137] Dann ging man ohne große Eile auseinander. Die Koalition war geschmiedet, auch wenn bis zur Wahl des neuen Bundeskanzlers am 21. Oktober noch einiges zu tun war. Sie sollte 13 Jahre halten.

Dokument 1

[Hs. Notizen Willy Brandts für die am 28. 9. 1969 gegen 23.30 Uhr im Fernsehen abgegebene Erklärung][138]

1) Vorrang: gut für D[eutsch]l[an]d
2) Als Vors[itzender] sehr zufrieden
   - bestes Ergebnis
   - Dank: Wähler + Helfer
   - größte Partei – + *1 Mio. gew[onnen]*
   - CDU nichts gewonnen, verloren
     Abstand [von] + 8 auf 4 [Prozent]
3) Eine Koal[ition] der Verlierer wäre eine unangemessene Folgerung aus dieser Wahl
   - frühere FDP-Wähler, die für Koal[ition] mit CDU sind, haben diese gewählt
   - FDP-Anhänger, die etwas anderes wollen, haben SPD gew[ählt]
     d. h.: die beiden, von denen . . . mehr
   - kann mir nicht vorstellen, wie man in diesem Land Wi[rtschafts]po[litik], So[zial]-po[litik] + Au[ßen]po[litik] gegen eine Partei von der Statur der SPD machen will, die in 3 Wochen über 10 % gewonnen
4) SPD tritt in die notwendigen Verh[andlungen] nicht als 2. Sieger ein, sondern als die einzige Partei ein, deren W[ahl]ergebn[is] einen Zuwachs an Vertrauen ausdrückt
5) FDP wissen lassen, daß zu Bespr[echungen] bereit – dies der jetzt fällige Schritt von uns[er] Seite
   - *alles andere morgen*

[136] Wortlaut des Schreibens in: CDU-Pressemitteilungen, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der CDU, 3. 10. 1969.

[137] Zit. in: Werner Diederichs, „Auch der Herold des Kanzlers konnte das Blatt nicht wenden", in: Die Welt, 6. 10. 1969.

[138] WBA, SPD-Parteivorsitzender, Vertrauliche Aufzeichnungen 1966–1969. 2 S. auf Notizblock, auf der ersten Seite hs. vermerkt: „28. 9. 69". Von Brandt mit grünem Stift ergänzte Passagen kursiv hervorgehoben.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 2

[Bemerkungen Willy Brandts für die gemeinsame Sitzung von Partei- und Fraktionsvorstand der SPD am 29. 9. 1969, 15.00 Uhr in Bonn][139]

Bemerkungen zur Vorstandssitzung.
In der großen Fernsehsendung am vergangenen Donnerstag[140] wurden am Schluß die vier Parteivorsitzenden nach ihren Wahlzielen gefragt. Dabei habe ich erklärt:

1) Die NPD darf nicht in den Bundestag kommen = Absage an Nationalismus. Dieses Wahlziel ist erreicht.
2) Wir müssen stark genug werden, um eine Wachablösung schaffen zu können. Dieses Ziel ist ebenfalls erreicht.

Wir haben in der Schlußphase des Wahlkampfes eine echte Polarisierung gehabt. Wir haben die Konfrontation erlebt, die sich unsere Gegner gewünscht haben. Auf der einen Seite standen die beiden Parteien CDU und CSU. Auf der anderen Seite standen die beiden Parteien SPD und FDP. Zwischen diesen beiden Lagern von jeweils zwei Parteien wurde entschieden.

Die Entscheidung ist knapp, aber eindeutig. Sie ist für mich zwingend, wenn wir nicht vor dem uns erteilten Auftrag weglaufen wollen.

Die Polarisierung in der Schlußrunde des Wahlkampfes empfanden ich und die öffentliche Meinung als so stark, daß es politisch erlaubt ist, sich theoretisch vorzustellen, daß der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU eine Fraktionsgemeinschaft von SPD und FDP gegenüberstehen würde. Dies macht die Kräfteverhältnisse klar.

In der Realität wird es darauf ankommen, ob die FDP nach ihren starken Verlusten die Kraft zum Zusammenhalt findet. Dies ist eine Existenzfrage für die FDP. Darüber kann nur sie selbst entscheiden. Wenn die FDP sich als geschlossen erweist und damit als handlungsfähig, dann ist die Präferenz für Verhandlungen über ein Regierungsprogramm.

Die CDU, der kleine Verlierer, hat auch in der Wahlnacht den Eindruck des großen Triumphators vermittelt und Positionen aufgebaut in der Deutschland- und Wirtschaftspolitik, die so angelegt sind, als hätte sie die absolute Mehrheit. Kiesinger und Barzel (bezeichnenderweise nicht Strauß) haben bereits das Joch aufgebaut, durch das jeder gehen muß, wenn er von dieser Partei in Gnaden aufgenommen werden will. Ich bin nicht bereit, durch dieses Joch zu gehen. Und die CDU wird noch feststellen, ob es überhaupt jemanden gibt, der dieses Joch durchschreiten will. Die Herren haben noch nicht realisiert, daß die SPD der einzige wirkliche Gewinner der Wahlen ist. Sie werden dies noch merken.

Die beiden christlichen Parteien werden nach einem Koalitionspartner suchen. Sie können nämlich keine Regierung bilden, wenn sie keinen finden. Alles andere ist Schnickschnack. (Schnickschnack hat der Bundeskanzler gestern die Erklärung Willy Brandts im Fernsehen genannt.)

In diesem Zusammenhang noch ein Wort über das törichte Gerede mit dem Mehrheitswahlrecht. Die Position der SPD dazu ist klar. Wir entscheiden über diese Frage

[139] WBA, Bundeskanzler und Bundesregierung 1969–1974, Mappe 61. Ms. Manuskript, 2 S. Von Brandt abgezeichnet und hs. vermerkt: „29. 9. 69".
[140] Vgl. Anm. 28.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur auf einem ordentlichen Parteitag. Aber eines möchte ich der CDU schon heute sagen: Es gibt für die SPD keinen Grund, einen solchen Parteitag überhaupt einzuberufen, solange es keinen verbindlichen Beschluß der CDU gibt, der diese Partei unrevidierbar auf das Mehrheitswahlrecht festlegt. Die SPD ist doch nicht so töricht, einen solchen Parteitag einzuberufen und danach von der CDU zu hören: April, April, wir haben – ohne Mehrheitswahlrecht, auf das wir uns nicht festgelegt haben – mit der FDP eine Koalition gemacht. Ich wiederhole: Solange es keine verbindliche Festlegung der CDU für ein Mehrheitswahlrecht gibt, wird es keinen SPD-Parteitag darüber geben. Die Situation ist einfach die, daß weder Schröder, noch Strauß, noch Barzel, noch Kiesinger sich den Weg zur FDP abschneiden wollen. Sie fänden es schön, wenn wir dies täten. Aber dies ist eine falsche Hoffnung. *Ich gehe jede Wette ein, daß es einen solchen klaren, bindenden Beschluß der CDU nicht geben wird. Das heißt: Das Wahlrechtsthema existiert nicht*[141].

Dokument 3

[Hs. Notizen Willy Brandts über das Gespräch mit Walter Scheel am 29. 9. 1969, 19.00–20.00 Uhr in der Landesvertretung Berlin, Bonn][142]

Scheel 29. 9. 69

19[.00]–20.00 [Uhr] B[er]l[i]n-Haus

1) Sch[eel] berichtet über Landesvorstand NRW: 39 : 1 : 1
   Mende habe sich öffentlich negativ geäußert
2) B[randt] berichtet über gemeinsame Sitzung von P[artei-]V[orstand] + F[raktions-]V[orstand] + sagt, man müsse bald Nägel mit Köpfen machen
3) Sch: erst Parteivorstand + Fraktion am Dienstag, dann Bundesparteiausschuß am Mittwoch
4) B: bereit, sich vor der Fraktion zu äußern, falls Sch. dies für sachdienlich halten sollte
5) B: für Koordinierung des Gesprächs A. Möller zuständig
   Es empfiehlt sich, rasch eine Grundentscheidung zu treffen
   Gleich danach müsse eingehend über die Sachfragen mit Hinblick auf Reg[ierungs]-programm beraten werden
   Über Personalfragen sollte nicht zuerst zwischen den Kommissionen, sondern zwischen den Vorsitzenden gesprochen werden
   Sch: einverstanden
6) Sch: Telegramme aus Partei + Publikum: Zustimmung zu Koalition mit SPD
   Aus Wirtschaftskreisen Warnungen, vermutlich von CDU gesteuert
7) B: Kühn ist bereit, Koalition in NRW auch nach nächsten L[and]T[ags]-Wahlen weiterzuführen
   Osswald ist bereit, über gründliche Verständigung in Hessen zu sprechen + schließt darüber Hinausgehendes nicht aus

[141] Kursiv hervorgehobene Sätze hs. von Egon Bahr ergänzt.
[142] WBA, SPD-Parteivorsitzender, Vertrauliche Aufzeichnungen 1966–1969. 4 S. auf Notizblock.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

8) Sch. gibt zu erkennen, daß er gern AA übernehmen möchte. Er hält nichts von der Anregung Weyers, ihm das BMWi oder BMF zu übertragen
B. deutet an, FDP sollte sich – bei Reduzierung der Gesamtzahl der Ministerien – Gedanken betr. Justiz (Genscher?) und Landwirtschaft machen.
Sch. gibt zu erkennen, daß es zweckmäßig sein könnte, Ertl zum StS zu machen
9) Sch. hält nicht viel von Staatsministern. Lieber P[arlamentarische] St[aats-]Sekretäre mit Zuständigkeiten
B: für Auslandstätigkeit könnten diese den Ministerrang erhalten

Dokument 4

[Auszug aus dem Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Fraktionsvorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD am 30. 9. 1969, 9.30 Uhr in Bonn][143]

Willy Brandt: Liebe Freunde, ich möchte zunächst einmal gratulieren, nicht nur Kurt Neubauer zum Geburtstag[144], sondern uns allen zu dem wirklich sehr schönen Erfolg. Ich kann nicht, wie Carlo[145] es gestern Horst Ehmke gesagt haben soll, nicht jedem sagen, Heiliger im Siegerkranz, aber es gibt eine ganze Menge, denen man das sagen könnte. Gestern haben die beiden Vorstände, Parteivorstand und Fraktionsvorstand, den Erklärungen zugestimmt und sie gebilligt, die ich in der Wahlnacht und gestern früh abgegeben habe, Erklärungen, in denen die klare Absicht der SPD unterstrichen wird, die Führung der Bundesregierung zu übernehmen und mit den Freien Demokraten diese Regierung zu bilden. Der Parteirat wird eingeladen, dieser Feststellung oder diesem Beschluß des Parteivorstandes von gestern, wenn er dies will, seine Zustimmung zu geben. Das ist das eine. Dann haben die Gremien gestern, die beiden Vorstände, eine Kommission zu bilden beschlossen, die die Verhandlungen im Zusammenhang mit der Bildung der neuen Bundesregierung führen wird. Dieser Kommission gehören an: Brandt, Schmidt, Wehner, Schiller, Möller, Kühn, Leber. [...][146] Ja, was die Reaktion im Lande angeht: Ich habe hier mehrere Klarsichtmappen und dann fünf oder sechs Ordner – das sind an die 1000 Äußerungen aus dem Lande, die gestern gekommen sind, aus der Partei, aber von sehr vielen, die es sonst mit der Partei gut meinen, sich mit ihr verbunden fühlen mit einer eindeutigen Zustimmung zu dem, was sich für uns ohnehin aus dem Wahlergebnis ergeben hat. Aber, es ist interessant: Es gibt erstens niemanden, der uns empfiehlt, uns um eine Große Koalition zu bemühen, und zweitens findet die von mir befürchtete Sehnsucht nach der Opposition keinen Niederschlag in diesen Telegrammen, sondern die sagen alle, nun versucht einmal und versucht nicht nur, sondern macht das einmal, wenn es irgend geht. Ich hatte am Donnerstagabend in der einzigen Fernsehsendung, die dann doch noch mit Kiesinger zustande kam[147], zwei Wahlziele genannt. Wenn ihr

[143] AdsD, Bestand SPD-Parteivorstand, Box 32.

[144] Geb. 30. 9. 1922.

[145] Carlo Schmid, Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, Mitglied des Parteivorstandes.

[146] Es folgen Ausführungen Brandts über das Wahlergebnis im Vergleich zu den Bundestagswahlen von 1957, 1961 und 1965 und die infolgedessen gefestigte Stellung der SPD.

[147] Vgl. Anm. 28.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

euch erinnert – diejenigen, die es haben sehen können – zum Schluß in der Zusammenfassung: erstens, die NPD muß rausgehalten werden – das ist erreicht worden; zweitens, wir müssen stark genug werden, um eine Wachablösung zustande zu bringen in Bonn. Da sind wir jetzt dran und müssen versuchen, ob wir das hinkriegen. Es hat sich ja gezeigt, daß die FDP diejenigen früheren Wähler verloren hat, die für eine Koalition mit der CDU sind, die haben gleich CDU gewählt. Und die anderen, die für die andere Lösung waren, die das ernst genommen haben, was auch die CDU gesagt hat, hier kommt eine Koalition SPD/FDP, die haben weiter FDP gewählt. Insofern, so problematisch das bleibt, bietet sich dies als einzige vernünftige Lösung jetzt an. Aber es kommt hinzu, ich bitte, auch das nicht zu unterschätzen, die CDU hat, wie es zu erwarten war, von sich aus keine Minute fast versäumt – die haben schon sehr früh angefangen am Sonntagabend, sich ganz darauf einzustellen, die FDP einzufangen. [. . .] Dagegen ist ja an sich nichts zu sagen, das ist ja legitim, aber es kam eben auch schon raus, bei Barzel noch deutlicher als bei den anderen, bei Heck auch, die Arroganz selbst an diesem Abend, wo sie kräftig eins auf den Deckel gekriegt haben und praktisch dieses ankündigen, unter welches Joch wir uns begeben müßten, wenn. Nun, ich bin nicht bereit, unter ein solches Joch zu gehen.

(Beifall)

– Ich denke, die Partei auch nicht. Aber das dauert eine ganze Weile, bis die von dieser Haltung einmal runter kommen. In der Situation, wo sich der Abstand verringert hat von über 8 Prozent zwischen den beiden großen Gruppen auf unter 4, 3,5 sind es wohl nur noch, da dann noch so zu tun, als ob sie uns große Bedingungen stellen könnten für den ganz unwahrscheinlichen Fall, daß man doch die Regierung weiter zusammen tragen müßte, das zeugt eben davon, daß sie noch viel zu lernen haben. Ja, nun kommt es darauf an, was die FDP sich zutraut und was sie zustande bringt, was sie durchhält. Das hat ja Herbert Wehner am frühesten an dem Abend deutlich gemacht, daß da bei den Freien Demokraten ein Klärungsprozeß stattfinden muß, von dem dann vieles weitere abhängt. Wir müssen und wollen alles versuchen, wenn man das in sachlich vertretbaren Formen hinkriegen kann, um eine solche Regierung für die nächsten vier Jahre zu bilden. Die Alternative ist die Opposition, die dürfen wir nicht scheuen, aber ich sage ebenso offen, objektiv braucht Deutschland die SPD in der Regierung, nach allem, was wir jetzt überblikken, auch wegen unserer Stellung in Europa, und deshalb müssen wir wirklich sehr stark versuchen, das hinzubekommen. [. . .][148]

Ich habe dann ein Telegramm bekommen gestern, zu Hause um 19.50 Uhr. Es hat mich, da ich unterwegs war, erst 20.45 Uhr erreicht, ob wir uns nicht gestern Nachmittag einmal sehen könnten[149]. Es war aber schon abends, und abends ging das auch nicht mehr . . .

---

[148] Im folgenden dankte Brandt der Partei, der Fraktion und den sozialdemokratischen Wählerinitiativen für die Durchführung des Wahlkampfes und wandte sich dann einer ersten Auswertung zu.

[149] Das an „den Ersten Vorsitzenden der SPD, Herrn Bundesminister Willy Brandt, Ollenhauerstr. 1, Bonn" adressierte Telegramm (Absendevermerk: „Bonn/Tlx 77/75 29 1545 [Uhr]", bei „Empfangen" eingetragen: „29/9 1600"; bei „Verzögerungsvermerke" eingetragen: „Eingang 19.30", von Brandt hs. doppelt unterstrichen und abgezeichnet: „Br[andt] 20.45") hat folgenden Wortlaut: „Sehr geehrter Herr Brandt, ich darf Sie und einige Herren im Laufe des heutigen Nachmittags und Abends zu einem Gespräch über die Situation nach der Wahl, insbesondere über Fragen der Regierungsbildung, einladen. Den Termin bitte ich Sie mit dem Generalsekretär der CDU, Herrn Dr. Heck, zu vereinbaren. Mit freundlichen Grüßen, Ihr Kurt Georg Kiesinger, Erster Vorsitzen-

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(Zwischenruf: wer wen sehen?)

Kiesinger, Kiesinger hat um eine Unterhaltung gebeten. Bei den anderen Parteien ist klar, daß man eine solche Einladung annimmt, schon der guten Formen wegen, das ist an sich nicht unnatürlich, daß die Parteien miteinander sprechen, zumal ja auch noch drei Wochen jetzt vergehen, die gar keine einfachen Wochen sind. [. . .][150]

Ja, was die FDP angeht: Ich sehe da alles Mögliche beschrieben in den Zeitungen, wer mit wem spricht, meine ich, und da sprechen sicher noch mehr miteinander als die, von denen das berichtet wird. Das ist auch in einer offenen Gesellschaft gar nicht anders möglich. Bei uns ist das, wie es so schön heißt, koordiniert. Wir haben im Präsidium vereinbart, wer welche Kontakte wahrnimmt, damit man uns auch nicht gegeneinander ausspielen kann. Ich habe selbst ein erstes Gespräch gestern Nachmittag gehabt (in Nordrhein-Westfalen)[151], die Nordrhein-Westfälinger hatten dort schon ein bißchen vorgefühlt, die ja am nächsten dran sind aufgrund der Landesregierung und sonstiger Gegebenheiten. Ich habe mit Scheel gesprochen, nachdem er mit seiner Landesvorstandssitzung in Düsseldorf fertig war. Da ist mit 39 gegen 1 Stimme bei einer Enthaltung beschlossen worden, aber Mende war schon weg. Darf ich einmal gleich in Klammern bemerken zu den vielen schönen Informationen, die man so kriegt, war gestern, gerade als meine Unterhaltung mit Scheel anfing, von Strauß lancierte, in die FDP hinein lancierte Meldung, Mende Innenminister, Starke Finanzminister, Ertl Landwirtschaftsminister, Siegfried Zoglmann Bundespressechef. Nun, Klammer zu. Also, Mende hat aber erklärt in Düsseldorf, daß er sich der Mehrheit beugen würde[152], hat also die Haltung eingenommen, die eine Reihe von denen bei der Bundespräsidentenwahl eingenommen haben. Hinterher haben sich zwar in der geheimen Abstimmung nicht alle daran gehalten, vermuten wir, aber die meisten doch, ähnlich wie bei den Bayern, die kommen mit vier Leuten in den Bundestag, drei, die an sich nicht dieser Meinung sind, aber erklärt haben, sie würden sich nicht querlegen. Und Ertl, so sagte mir Scheel, habe ausdrücklich dementiert, was über ihn in der Presse berichtet worden sei[153]. Jedenfalls, die werden es nicht leicht haben, ihren Haufen zusammenzukriegen. Scheel sagt, er braucht erst heute früh seinen Bundesvorstand. Er hatte gestern ein Angebot von der CDU, eine gemeinsame Präsidiumssitzung abzuhalten von CDU und FDP. Da scheint also das Angebot etwas weiter hinausgegangen[154] zu sein, als mit uns einmal auch sich etwas zu unterhalten. Die haben mitgeteilt, die FDPisten an die CDU, sie haben ihre Sitzung heute und werden dann Kiesinger über das Ergebnis ihrer Sitzung unterrichten. Wenn der Bundesvorstand sich zu eigen macht, was

---

der der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands", in: WBA, Bundeskanzler und Bundesregierung 1969–1974, Mappe 61.

[150] Es folgen Darlegungen zur Frage der Aufwertung der D-Mark.

[151] Der geklammerte Zusatz ist eine fehlgehende interpretierende Ergänzung des Stenographen. Vgl. Dokument 5, Vortrag Hoppe.

[152] Die „Süddeutsche Zeitung" vom 30. 9. 1969 (vgl. Anm. 102) zitierte folgende Äußerungen Mendes am Rande der Sitzung des nordrhein-westfälischen Landesvorstandes am Tag zuvor: „Wir müssen alles tun, um die Partei zusammenzuhalten. Sie darf nicht zerbrechen" und „Ich will Walter Scheel das Leben nicht schwer machen."

[153] Vermutlich Bezug auf die Pressemeldung, Ertl habe in der Wahlnacht aufgrund der „schweren Niederlage" der F. D. P. „Konsequenzen politischer und personeller Art" gefordert. Zit. nach: Bermbach, Stationen der Regierungsbildung 1969, S. 8.

[154] Muß vermutlich heißen: „weiter gegangen".

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der nordrhein-westfälische (Vorschlag) Vorstand beschlossen hat und was, wenn ich richtig informiert bin, inzwischen von den Baden-Württembergern, den Hamburgern, Schleswig-Holsteinern und noch ein paar bei der FDP beschlossen worden ist, dann würde es heißen, sie wollen zunächst mit den Sozialdemokraten verhandeln und sehen, ob man zu Rande kommt. Und das muß man dann in der Tat versuchen. [. . .][155] Trotzdem könnte ich mir vorstellen, daß wenn die Freien Demokraten heute Vormittag ihren Vorstand haben, heute Nachmittag ihre Fraktion, dann vielleicht noch morgen früh, das wird sich herausstellen, ob sie den einberufen, ihren Hauptausschuß, also in der Körperschaft zu vergleichen mit unserem Parteirat, daß man dann einen Unterschied macht zwischen einer Art grundsätzlicher Vereinbarung darüber, die Regierungsbildung gemeinsam versuchen zu wollen und anzugehen und dies auch dem Bundespräsidenten mitzuteilen, weil man damit eine bestimmte Barriere gegen das Operieren anderer aufrichtet, aber dann nichts bagatellisieren von dem, was zur Sache ausgehandelt werden muß. [. . .][156] Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Max Seidel: Wir danken Willy Brandt; wir kommen zur Aussprache.

Wer wünscht das Wort?

Genossinnen und Genossen, wenn niemand das Wort wünscht, dann möchte ich noch darauf hinweisen, daß der Genosse Brandt gewünscht hat, daß die Absichtserklärung, die er gestern Vormittag abgegeben hat, [auch vom Parteivorstand, vom Parteirat wie gestern vom Parteivorstand und vom Fraktionsvorstand gebilligt worden ist][157], auch vom Parteirat gebilligt wird. Da keine Gegenmeinung hier aufgekommen ist, würde ich aber doch bitten, daß wir darüber abstimmen. Wer im Sinne dieser Absichtserklärung dafür ist, [den] bitte ich um ein Handzeichen. Danke – die Gegenprobe – Stimmenthaltungen? Einstimmig angenommen, herzlichen Dank. [. . .]

Dokument 5

[Auszug aus der stenographischen Niederschrift über die Sitzung des Bundesvorstandes der F. D. P. am 30. 9. 1969, 10.00 Uhr in Bonn][158]

---

[155] Es folgen Hinweise Brandts darauf, daß die F. D. P. „erheblichen Pressionen" aus ihrer Anhängerschaft und aus „Kreisen der mittleren Wirtschaft" ausgesetzt sei, mit der CDU/CSU zu koalieren. Auch bedürfe es „intensiver Beratungen" mit den Freien Demokraten, „um eine halbwegs solide sachliche Grundlage zu bekommen". Er wolle „diese ganze Seite des Vorgangs nicht bagatellisiert wissen".

[156] Im folgenden kündigte Brandt an, die Gewerkschaften bei der Erarbeitung eines Regierungsprogramms konsultieren zu wollen und Personalfragen zunächst zurückzustellen. Des weiteren nahm er „seriöse FDP-Partner" in Schutz vor dem in der Presse erweckten Eindruck, sie würden unverhältnismäßige Forderungen stellen. Sodann bezeichnete er Regierung, Fraktion und Partei als „drei gleichwertige Ebenen unserer Tätigkeit" in den nächsten Jahren.

[157] [ ] Muß vermutlich heißen: „die gestern vom Parteivorstand und vom Fraktionsvorstand gebilligt worden ist".

[158] ADL, Akte 153; Seitenzählung der umfangreichen stenographischen Niederschrift, die offenkundig in mehreren Teilen angefertigt wurde: S. 1–22/30, 31–120 d, 121–143/150, 151–191. Sitzungsort: Bundeshaus, Fraktionssitzungssaal. Die geschlossene Sitzung, aus der hier diejenigen Passagen abgedruckt sind, die sich auf Kontakte mit Vertretern anderer Parteien nach der Wahl bezie-

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

[...]

Genscher: In der Wahlnacht erreicht uns über Herrn Friderichs die Mitteilung, daß Herr Kohl mit uns zu sprechen wünschte. Er rief dann später noch einmal an und unterbreitete den Vorschlag, daß Herr Scheel mit einer Delegation der F. D. P. in den Bungalow des Kanzlers kommen sollte. Dort saßen der Bundeskanzler selbst, Herr Dufhues[159], Herr Heck – wenn ich recht unterrichtet bin, auch Herr Barzel, oder dessen Erscheinen war angekündigt. Die CDU war bereit, in dieser Nacht eine Art Koalitionsabkommen mit uns abzuschließen. Ich habe darüber auch mit Herrn Scheel gesprochen, und wir waren uns darüber einig, daß in der Wahlnacht kein Anlaß besteht, eine solche Verhandlung zu führen. Dieses Ergebnis unseres Gesprächs habe ich in der rheinland-pfälzischen Vertretung Herrn Kohl mitgeteilt. Ich habe gesagt: Wir werden am Dienstag unsere Gremien zusammenhaben; vorher können Regierungsverhandlungen nicht geführt werden.

(Vors[itzender] Scheel: Hat Herr Kohl in dieser ersten Unterhaltung irgendwelche Sachaussagen gemacht?)

Er hat nur gesagt, daß bei ihnen die Bereitschaft, eine Koalition mit der Freien Demokratischen Partei zu bilden, sehr stark sei, mit sehr weitreichenden Konsequenzen auch für die Landespolitik, mit einer großzügigen, die Wunden heilenden Behandlung hinsichtlich der Vergabe von Kabinettspositionen. Er hat gesagt: Sie werden natürlich sehr großzügig behandelt! – Ich habe gesagt: Es ist jetzt nicht die Stunde, über solche Fragen zu sprechen – ohne daß in irgendeiner Weise Einzelheiten erörtert worden sind.

Vors. Scheel: Darf ich Herrn Dr. Müller bitten, das insoweit zu ergänzen, als er ebenfalls eine Information über die CDU bekommen hat. Danach hätten wir dann alle CDU-Informationen zusammen.

Dr. Müller: In der Wahlnacht war ich als Landesvorsitzender der F. D. P. von Baden-Württemberg in dem Presse- und Fernsehhauptquartier im Landtag, wo sämtliche Parteivorsitzende und auch die Vertreter der Landesregierung offiziell eingeladen waren. Ich habe dort den ganzen Abend verbracht. Es kam auch zu gemeinsamen Rundfunkerklärungen aller Parteivorsitzenden.

Als im Laufe der Nacht das Wahlergebnis sichtbar wurde, wurde ich gebeten, Herrn Ehmke zu empfangen, der auch dort war. Er hat mir gesagt, daß die SPD auch bei einer dünnen Mehrheit bereit sei, mit uns zu koalieren. Ich habe gesagt: Ich nehme das zur Kenntnis und werde es unseren Gremien mitteilen. Das habe ich dann auch telefonisch getan.

Zweitens: Der, wie Sie wissen, in der CDU ziemlich maßgebende Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Herr Klaus Scheufelen, hat mir in der Wahlnacht im Auftrage des Bundeskanzlers mitgeteilt – mir als Präsidiumsmitglied zur Weitergabe –, daß die CDU entschlossen sei, eine Koalition mit uns zu machen. Ich habe auch das lediglich zur Kenntnis genommen.

Heute früh um halb acht Uhr bin ich hier in Bonn im Hotel von Herrn Scheufelen erneut angerufen worden. Herr Scheufelen hat mir im Auftrage des Bundeskanzlers mitgeteilt, daß die CDU großzügige Angebote machen werde; Herr Scheel habe ja gesagt, wir

---

hen, endete um 14.52 Uhr. Anschließend tagte von 15.00 bis 16.25 Uhr der Bundesvorstand gemeinsam mit den Mitgliedern der „alten" und „neuen" Bundestagsfraktion. Vgl. dazu S. 151–191 der stenographischen Niederschrift.

[159] Josef Hermann Dufhues, Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Westfalen-Lippe und Mitglied des Präsidiums der CDU.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

könnten unter Umständen erst zu einer Verhandlung kommen, wenn die heutigen Gremien getagt haben; aber er wolle mir für diese Gremien mitgeben, daß der Bundeskanzler ihn beauftragt habe, mir zu sagen: Sie werden großzügige Angebote machen, unter anderem langfristige, über die Legislaturperiode hinausgehende Koalitionsabmachungen für Bund und Länder, und der Herr Bundeskanzler sei bereit, mich heute um 9.00 Uhr zu empfangen. Ich habe gesagt: Herr Scheufelen, ich nehme Ihre Mitteilung zur Kenntnis und werde sie unseren Gremien mitteilen; zu einem Besuch beim Herrn Bundeskanzler habe ich keine Veranlassung, weil ich Ihnen glaube, daß er Sie beauftragt hat, mir das mitzuteilen; das braucht er mir nicht noch zu bestätigen. – Darauf war das Gespräch beendet.

Vors. Scheel: Ich werde noch weiter berichten lassen, aber wir sollten uns vielleicht tatsächlich zunächst darüber klar werden, ob wir nicht jemand offiziell beauftragen, einen solchen Kontakt mit der CDU wahrzunehmen, damit offiziell Informationen gegeben werden können, die auch für unsere Beratungen von Bedeutung sein werden. – Jetzt berichtet Herr Mischnick über sein Gespräch mit SPD-Mitgliedern.

Mischnick: In der Wahlnacht gegen zehn, halb elf Uhr, als ich vom Bonner Talweg[160] ins Bundeshaus zurückkehrte und mich mit den Kollegen Rubin und Hoppe unterhielt, was nun geschehen sollte, kam Herr Wischnewski und bat um ein Gespräch. Ich habe das Gespräch mit Herrn Wischnewski geführt. Er fragte, ob jemand bereit sei, wer auch immer, zu Herrn Möller zu kommen, um mit ihm darüber zu reden, wie die Situation sei. Ich habe daraufhin den Parteivorsitzenden unterrichtet und ihn gefragt, was er davon hielte und ob er selbst mitkommen wolle. – Der Parteivorsitzende sagte nein; er würde mir raten, das Gespräch allein zu führen, vielleicht mit Genscher zusammen, wenn er zu erreichen sei. Das gelang nicht. Ich bin dann mit den Kollegen Hoppe und Rubin dort hingefahren. Es waren versammelt die Herren Möller, Wischnewski und Kühn. Man erklärte mir, daß der Parteivorsitzende der SPD die Absicht habe, in Kürze zu erklären, daß die SPD den Bundeskanzler stellen wolle und daß sie bereit sei, anzutreten und mit uns zu verhandeln; sie wolle aber vorher uns das mitteilen, um uns zu fragen, ob wir Bedenken hätten, daß so etwas überhaupt gesagt würde.

Ich habe versucht, den Parteivorsitzenden zu erreichen. Das war leider nicht möglich, weil er besetzt war. Hinterher stellte sich heraus, daß Herr Brandt unmittelbar angerufen hatte, um den Parteivorsitzenden davon zu unterrichten, daß er die Absicht habe, das zu sagen. – Das passierte dann während des Gesprächs, das wir führten. – Von den drei Vertretern der SPD wurde dabei zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht nur bereit, sondern willens seien, die Koalition mit uns abzuschließen, wenn eine gemeinsame Basis zu finden sei; sie seien der Auffassung, daß eine Fortsetzung der Großen Koalition nach diesem Wahlergebnis nicht in Betracht käme, und sie würden sie staatspolitisch für bedenklich halten; deshalb: Sie treten an, und es liege an uns, ob wir bereit seien, auch anzutreten. – Wir haben das zur Kenntnis genommen und haben sofort den Parteivorsitzenden in einem Gespräch unterrichtet, wo inzwischen auch Herr Genscher eingetroffen war. – Das war das Gespräch mit der SPD in der Wahlnacht.

Vors. Scheel: Ich darf ergänzend hinzufügen, daß eine telefonische Information an die Bundesgeschäftsstelle gegeben worden ist über die Absicht des Parteivorsitzenden der SPD, im Fernsehen eine Erklärung abzugeben, daß er bereit oder entschlossen sei, den Versuch einer Regierungsbildung mit der F. D. P. zu machen.

[160] Gemeint ist die Bundesgeschäftsstelle der F. D. P., Bonner Talweg 57.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ertl: Hierzu eine Frage! Darf ich Ihre Antwort so deuten, daß Sie in der Nacht mit Herrn Brandt nicht telefoniert haben?

Vors. Scheel: Herr Brandt hat in der Nacht angerufen und mir diese Nachricht bekannt gegeben, aber nur diese eine Mitteilung. Er hat gesagt: Ich habe die Absicht, das zu sagen. – Ich habe gesagt: Ich nehme das zur Kenntnis. – Aus!

Dr. Achenbach: Darf ich kurz ergänzen, damit die Informationen vollständig sind! – Ich hatte gestern den Besuch von Herrn Diehl, den ich von früher kenne, weil er in Frankreich bei mir tätig war. Er sagte, er habe gerade mit dem Bundeskanzler gesprochen; dieser lege großen Wert auf eine Koalition mit uns. – Als ich ihn fragte, was er denn anböte, sagte er: Alles außer dem Kanzler!

(Heiterkeit. – Vors. Scheel: Eine typisch Diehlsche Formulierung!)

Zweitens habe ich heute morgen einen Anruf von Herrn Wischnewski bekommen, der mich bat, im Vorzimmer von Herrn Möller ein Gespräch zu führen. Ich wollte das hier nur mitteilen.

Vors. Scheel: Du bist von Herrn Wischnewski eingeladen? – Gut, das ist in Ordnung. – Ich habe eben schon erwähnt, aber das ist vielleicht nicht ganz präzise verstanden worden. Die CDU hat uns gestern eine telefonische Mitteilung und heute morgen denselben Text als Telegramm gesandt mit der Bitte, der Parteivorsitzende und Mitglieder des Präsidiums möchten zu Verhandlungen mit der CDU zusammentreten. – Ich habe darauf geantwortet: heutige Sitzung abwarten; dann würden wir darüber eine Entscheidung treffen.

Zoglmann: Ich habe eine Frage. Ist das die Berichterstattung über *alle* Gespräche?

(Vors. Scheel: Es fehlt noch eins!)

– Vorher und nachher? – Ist das, was hier vorgetragen wurde, die Grundlage für unsere Diskussion nachher? Sind Sie der Meinung, daß das ausreicht?

Vors. Scheel: Ja. – Es fehlt nur noch ein Gespräch. Kollege Hoppe wird über ein Gespräch von gestern abend berichten, das, glaube ich, im Stoff am meisten geboten hat.

Hoppe: In der Wahlnacht hat Willy Brandt mich telefonisch zu einer Besprechung gestern 15.00 Uhr in die Baracke gebeten. In dieser Unterhaltung gestern um 15.00 Uhr hat er zunächst davon Kenntnis gegeben, daß auch unter Berücksichtigung der kritischen Äußerung Wehners in der Wahlnacht über die F. D. P. der gesamte Vorgang der Wahl und das Wahlergebnis mit den daraus zu ziehenden Folgerungen noch einmal eingehend Gegenstand der Beratung im Vorstandsgremium der SPD gewesen sei und daß man sich einstimmig entschieden habe, die Koalition SPD-F. D. P. zu suchen. Er hat mir in diesem Gespräch gesagt, daß die SPD diese Koalition deshalb nunmehr mit allen Konsequenzen wagen und eingehen will, um deutlich zu machen, daß man diese Chance – die man 1966 nicht genutzt hat und wofür man den Vorwurf kassiert hat, daß man eine Chance zur Veränderung der deutschen Politik habe vorübergehen lassen – jetzt voll wahrnehmen wolle und daß es hier einen einstimmig erklärten Willen der SPD gebe, diesen Weg zu gehen. Er hat mich deshalb in dem Gespräch um 15.00 Uhr gebeten, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Entscheidung der F. D. P. als korrespondierender Partei vor den Verhandlungen in den Führungsgremien der F. D. P. ein Informationsgespräch zwischen ihm und unserem Parteivorsitzenden herbeizuführen, da er der Meinung war, es sei für Scheel, es sei für die F. D. P. wichtig, vorher von der SPD umfassend informiert zu werden.

Ich habe daraufhin den Kontakt zu Herrn Scheel in Düsseldorf gesucht und habe dann gestern nachmittag die Herren in der Berlin-Vertretung zusammengeführt. In der Berlin-Vertretung hat in einem Gespräch, das zu dritt gelaufen ist, der Parteivorsitzende der SPD Herrn Scheel gegenüber diese Haltung, diese Entscheidung der SPD-Führung noch

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

einmal offiziell mitgeteilt und dabei erläutert, daß die von der SPD angestrebte Koalitionsbildung nach Meinung der SPD in der Weise zu versuchen und vorzubereiten sei, daß Verhandlungskommissionen – die von der SPD war dazu bereits gebildet und ist uns in dem Augenblick namentlich mitgeteilt worden – sich schnell bemühen sollten, sich über ein Sachprogramm der gemeinsamen Regierungsarbeit zu einigen. Dabei wies Herr Brandt insbesondere darauf hin, daß der sicher schwierige und kritische Punkt der Wirtschafts- und Finanzpolitik Gegenstand besonders sorgfältiger Erörterung sein müsse, damit ein solide vorbereitetes gemeinsames Arbeitsprogramm verhindere, daß es nachher in der praktischen Zusammenarbeit womöglich zu Schwierigkeiten komme, die man durch eine solide Vorbereitung in der Diskussion über die Sachfragen ausschalten müsse.

Darüber hinaus ist angedeutet worden, man glaube, daß wenn es zu einer Einigung in den Sachfragen komme – und die SPD hat keinen Zweifel, daß es mit Rücksicht auf unsere Erklärung in der Wahlplattform und die Vorstellungen der SPD eigentlich nahtlos gelingen müsse, zu einer gemeinsamen soliden Plattform zu kommen –, die personelle Zusammenführung zwingend in der Weise erfolgen müsse, daß der Parteivorsitzende der F. D. P. als Vizekanzler dann ins Auswärtige Amt als Ressort wechseln müsse. Außerdem sei es doch wohl nötig, über eine Kabinettsreform zur Einsparung von Ressorts zu kommen. Darüber hinaus sollten alle weiteren personellen Fragen, wenn die Sachfragen abschließend geklärt seien, zwischen den beiden Parteivorsitzenden abschließend erörtert werden.

Das war der Inhalt des Informationsgesprächs in der Berlin-Vertretung. So ist dieses Gespräch mit der umfassenden Information durch Herrn Brandt abgelaufen.

Ich habe – ich darf das hier wagen – aus guter Berliner Zeit dann auch noch ein Gespräch mit dem Staatssekretär im Bundespräsidialamt, Herrn Spangenberg, geführt und bei dieser Gelegenheit auch den Bundespräsidenten selbst gesehen und mit ihm gesprochen. Er hat mir gesagt und mir berichtet, daß Herr Kiesinger gerade vorher um 16.30 Uhr bei ihm gewesen sei, und hat mich gefragt, wie ich die Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der F. D. P. beurteile. Herr Kiesinger habe ihm gerade im Gespräch offenbart, daß er große Erwartungen habe, Kanzler zu werden, da die F. D. P. eine absolut brüchige Partei sei, und daß er, Kiesinger, mit Sicherheit davon ausgehen könne, daß die F. D. P. eine ausreichende Unterstützung für ihn, Kiesinger, als Kanzler bereit halte. – Ich habe dem Herrn Bundespräsidenten auf seine Frage gesagt, ich glaubte die F. D. P. besser zu kennen als Herr Kiesinger; auf eine solche Spekulation sollte sich Herr Kiesinger nicht einlassen; die CDU habe insoweit schon einmal völlig falsch spekuliert.

Das ist alles, was ich hier zur Berichterstattung vortragen kann.

Vors. Scheel: In der Zwischenzeit ist Willi Weyer eingetroffen. – Wir haben gerade die Herren, die Kontakte gehabt haben, berichten lassen. Ich habe mit einem Wort erwähnt, daß du einen Kontakt mit Kühn gehabt hast. Vielleicht wäre es nützlich, daß du auch über deine Kontakte berichtest, damit wir das als Grundlage der Diskussion haben.

Weyer: Ich habe nicht nur Kontakt mit Herrn Kühn gehabt, sondern natürlich auch mit Herrn Scheufelen, der sich seit Tagen bemüht, und ich habe auch mit ihm vor der Wahl das Gespräch geführt. Er hat es über alle möglichen Kontaktleute versucht; es fing mit Alphons Horten an und lief dann über das Bundeskanzleramt.

(Vors. Scheel: Auch ich habe vor der Wahl mit Herrn Scheufelen gesprochen; er ist sehr aktiv!)

Ich kann nur wiederholen, was schon angedeutet wurde. Scheufelen sagt natürlich, die CDU würde alles Mögliche bieten, es ginge doch nicht und dergleichen mehr – ähnlich wie bei Hermann Müller.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nun das Gespräch mit Heinz Kühn, das noch gestern abend stattfand. Bekannt sind – wie auch Günter Hoppe berichtete – die einstimmigen Beschlüsse der SPD. – Mir scheint eines wichtig zu sein, Walter: Wenn wir die Absicht haben, sollten wir das nun jetzt nicht wochenlang in Frage stellen; sonst sind wir nämlich draußen. Wir müssen bald zu einer Entscheidung kommen; wir müssen bald die Sachverhandlungen aufnehmen.

Zweitens. Wir sollten maßvoll sein mit personellen Vorstellungen. Die Listen, die ich heute in der Zeitung gelesen habe, sind grauenhaft. Wenn wir bei einer so katastrophalen Niederlage mit 5 oder 6 Ministern anfangen, so ist das niederziehend; dann sind wir weg. Dann können die Herren, die ins Kabinett gehen, vielleicht sagen: Na schön, wir sind noch ein paar Jahre Minister geworden – aber die Partei ist am Ende! –

Wenn wir politisch eine Chance wahrnehmen wollen, uns wieder aufwärts zu entwikkeln, dann müssen wir schnell handeln. Dabei müssen wir berücksichtigen – da bin ich mit Herrn Kühn einer Meinung –, daß wir in der Tat dann auch eine Kabinettsreform am Anfang unserer Zusammenarbeit mit der SPD haben müssen, also eine Verkleinerung der Ministerien, eine Konzentration und dergleichen mehr, indem wir hier einige spektakuläre Pläne der F. D. P. realisieren.

(Vors. Scheel: Wir sind noch nicht in die Diskussion eingetreten!)

– Ich will nur sagen, was ich mit Kühn erörtert habe, wo wir übereinstimmen. Das sind Vorstellungen, die Kühn und ich erörtert haben. [. . .]

Dr. Eicher: Ich möchte die Information noch etwas ergänzen. Mein Ministerpräsident, Dr. Kohl, bedrängt uns natürlich sehr. Herr Kohl hat den Eindruck gehabt – das war meine Auffassung –, daß er einen viel besseren Kontakt zur F. D. P. habe, als er ihn jetzt feststelle. Er ist enttäuscht über unseren Bundesvorsitzenden. Das Gespräch mit Herrn Genscher hat ihn auch wohl nicht überzeugt. Auch von Herrn Friderichs hat er wohl mehr erwartet. – Das war so mein Eindruck.

Er hat mir erklärt: Die CDU ist bereit, in jedes Angebot der SPD einzutreten und noch eines draufzulegen.

(Heiterkeit.)

Er hat erklärt, daß wenn die SPD in Nordrhein-Westfalen großes Entgegenkommen zeigen würde, die in allen anderen Ländern – Bayern usw. – zu größter Bereitschaft sich entschlossen zeigten.

(Zurufe.)

– Ich teile das mit, weil das bei Herrn Kohl ehrlich gemeint ist; er will mit uns mit Gewalt eine Koalition anstreben.

(Unruhe und Zurufe.)

Vors. Scheel: Einen Augenblick, Herr Eicher. Meine verehrten Kollegen, ich habe eine Bitte. Wir werden heute sicherlich nicht zu Rande kommen, wenn wir nicht in äußerster Konzentration verhandeln. Ich würde daher dringend bitten, daß wir den Redner jeweils ausreden lassen, und würde ebenso dringend bitten, daß wir keine zusätzlichen Gespräche führen, denn das stört in einer unerträglichen Weise, weil die Akustik in diesem Saal so schlecht ist. – Dr. Eicher hat das Wort.

Dr. Eicher: Ich wollte es nur noch einmal unterstreichen. Herrn Kohl ist es ehrlich damit. Er ist auch ein Mann – das kann ich aus meiner Sicht sagen –, mit dem man Politik machen kann. Er ist jedenfalls kein Kiesinger; er ist ein reformfreudiger Mann. Man sollte sich mit ihm unterhalten; denn ich glaube, mit einem Politiker dieses Stils muß man weiter verhandeln.

(Frau Dr. Hamm-Brücher: Will er Kanzler werden?)

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– Er will Kanzler werden.

(Zuruf: Jetzt?)

– Nein, in drei Jahren.

[. . .]

Zoglmann: Ich habe nicht die Absicht, die Gemüter besonders zu beunruhigen. Ich habe – Herr Weyer weiß das –

(Anhaltende Unruhe.)

Vors. Scheel: Meine Kollegen, lassen wir doch bitte konzentriert zuhören, sonst werden wir nicht fertig!

Zoglmann: Ich habe am Sonntagabend – Willi Weyer weiß das – zwei Mal – nicht auf meine Initiative hin, sondern auf die Initiative von Herrn Heck; Herr Weyer weiß das – Ich bin jedes Mal von Herrn Heck in der Landesgeschäftsstelle der F. D. P. angerufen worden, nix gekungelt, nix hinten herum, alles ganz offen. Und Herr Heck hat uns bei der Gelegenheit auch gesagt, daß auch Herr Genscher mit ihm gesprochen hat, so daß ich also in diesen beiden Telefonaten keine besonders parteigefährdende Tätigkeit sah, sondern ich dachte: Wenn der stellvertretende Bundesvorsitzende mit ihm spricht, warum sollen wir nicht?

(Genscher: Mit wem? Mit Herrn Kohl!)

– Mit Herrn Kohl, und ich mit Herrn Heck. Diese beiden Telefonate haben stattgefunden. Bei dem zweiten Telefonat hat er mich gefragt, wo er mich am Montag erreichen könnte. Ich habe gesagt, ich bin den ganzen Tag im Landesverband in der Sitzung, und ich bin am Abend in Bonn eingeladen. Ich war eingeladen zu einem Abendessen, zu dem auch Willi Weyer eingeladen war. Als wir uns in Düsseldorf trennten, hat Herr Weyer gesagt, er würde zu diesem Abendessen kommen.

(Weyer: Nein! Ich habe gesagt, –)

– Natürlich! Du hast gesagt, du kommst, und ich bin da hin in der Meinung, daß du da bist. Dieses Abendessen fand bei Herrn Mende statt.

(Dr. Mende: Jawohl, Rehrücken!)

Dort wurde ich um halb elf Uhr nachts erneut angerufen. Das war wieder Herr Heck. Er hat gefragt, wo er mich treffen könnte. Da habe ich gesagt: Es tut mir leid, ich bin eingeladen; ich sitze hier und kann auch gar nicht weg, weil ich hier Gast bin. Daraufhin hat er gefragt, ob er auf einen Sprung vorbeikommen könnte. Da habe ich gesagt, warum denn nicht. Und da ist er vorbeigekommen. So ist das. Er brachte einen Menschen mit, von dem er mir vorher gar nichts gesagt hat, Herrn Kohl. Dann haben die – ich kann das, wenn Sie wollen, alles in extenso hier ausbreiten – Die kamen deshalb, weil – ich formuliere jetzt wieder journalistisch, aber ich sage genau das, was sie gemeint haben –, weil sie den Eindruck hatten, daß sie von Herrn Genscher und Herrn Scheel in wochenlangen Verhandlungen, die beide mit ihnen geführt haben, angeschmiert worden seien. Deshalb kamen die. So war das. Der eine hat dann auch seinen Kalender herausgezogen. Ich will mir die Details ersparen. Es war für uns sehr beeindruckend. Das ist aber auch alles, denn die Leute haben weiter nichts gesagt, als daß sie der F. D. P. ein Telegramm geschickt hätten und daß sie in der Sorge – weil sie das Gefühl hatten, daß sie angeschmiert würden – auch noch zusätzlich hatten anrufen lassen, weil sie gesagt haben, sie müßten unterstellen, daß in der F. D. P. nicht einmal die Bereitschaft bestünde, Gespräche zu führen und das den entsprechenden Gremien vorzutragen.

(Ertl: Was sich hier ja bestätigt hat!)

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das war ihre Sorge, weshalb sie gekommen sind. Sie haben gesagt: Wir haben nicht nur Telegramme geschickt, sondern haben auch telefonisch versucht, Herrn Scheel zu erreichen. Herr Heck hat gestern wiederholt versucht, Herrn Genscher zu erreichen.

Diese Leute haben weiter gesagt, daß sie mit der F. D. P. loyal eine Koalition machen wollen – das hat man in Bayern ja auch mitgeteilt – und daß sie nicht die Absicht haben – das ist auch ganz entscheidend –, irgendwelche Trennungstendenzen in der F. D. P. zu fördern, weil sie das nicht wollen. Sie wollen mit der gesamten F. D. P. zu einem Akkord kommen, sie wollen nicht mit irgendwelchen Teilen der F. D. P. verhandeln. Damit das klar ist: Das ist dezidiert von den Leuten gesagt worden.

(Lebhafte Zurufe.)

Genscher: Um das klarzustellen, Herr Zoglmann: Mit Herrn Heck habe ich ein politisches Gespräch geführt – wie der Bundesvorstand weiß – vor der Bundespräsidentenwahl, mit Herrn Scheel zusammen und Herrn Kohl in Mainz. Wir haben damals darüber berichtet. Seitdem nicht mehr.

[. . .]

Dokument 6

[Mitteilung an Willy Brandt über einen Anruf Dietrich Spangenbergs, 30. 9. 1969][161]

Anruf von Dieter Spangenberg

Die FDP hat folgendes beschlossen[162] (20 : 2 – 1 Bayer, 1 aus NRW):
1.) Sie ist bereit, Regierungsverantwortung zu übernehmen;
2.) Verhandlungen auf der Basis der Wahlplattform[163] zu führen;
3.) erstes Gespräch mit der SPD zu führen;
4.) CDU von diesem Beschluß zu informieren.

Verhandlungskommission:
Scheel
Genscher
Mischnick
Müller
Ertl
Dorn
Weyer

30. 9. 69/T[hea] W[ernicke]

[161] WBA, Bundeskanzler und Bundesregierung 1969–1974, Mappe 61. Ms. Notiz der Sekretärin Brandts im Erich-Ollenhauer-Haus, Thea Wernicke, 2 S. Von Brandt abgezeichnet.

[162] Genauer Wortlaut der Beschlüsse: Kurzprotokoll der Sitzung des Bundesvorstandes der F. D. P., 10.00 Uhr in Bonn und der gemeinsamen Sitzung mit der Bundestagsfraktion, 15.00 Uhr, in: ADL, Akte 153.

[163] Wort von Brandt unterstrichen und hs. vermerkt: „LA: Mitbest[immung] Steuern".

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachtrag:

Alte und neue FDP-Fraktion haben diesen Beschluß bestätigt mit 60 : 3 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen (davon 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen von Leuten, die der neuen Fraktion nicht mehr angehören werden)[164].

Scheel verkündet jetzt im Fernsehen diesen Beschluß.

Für 17.30 Uhr ist Scheel beim Bundespräsidenten angemeldet.

Dokument 7

[Aufzeichnung Hans-Jürgen Wischnewski „Ergebnis in den Koalitionsverhandlungen am 30. 9. 1969"][165]

Die Bundesregierung soll um vier Ministerien verkleinert werden. Zur Debatte stehen folgende Ministerien: Post, Heimatvertriebene, Schatz, Familie und Jugend.

Es werden keine Staatsminister geschaffen. Das System der parlamentarischen Staatssekretäre wird ausgebaut. Über Zahl und Stellung der parlamentarischen Staatssekretäre werden beide Seiten Papiere vorbereiten.

In der Steuerpolitik bestand Übereinstimmung, daß der Arbeitnehmerfreibetrag verdoppelt wird. Bei der Ergänzungsabgabe soll überprüft werden, ob sie nicht erst mit einem höheren Einkommen beginnen soll (zur Zeit 16000,– und 32000,–). Alle übrigen Steuerfragen werden geklärt nach Vorliegen des Berichtes der Steuerreformkommission. An die Einführung konfiskatorischer Steuern ist nicht gedacht. Bei der Kirchensteuer wird keine Veränderung vorgenommen.

Eine Korrektur der mittelfristigen Finanzplanung erweist sich als notwendig.

In der Vermögensbildung wird das 312-Mark-Gesetz durch tarifvertragliche Verhandlungen auf DM 624,– ausgedehnt. Die gleichen Möglichkeiten müssen aber auch denjenigen geboten werden, die nicht unter solche Tarifverträge fallen. Die FDP legt Wert auf weitere Begünstigungen beim Bausparen. In der Frage der Vermögensbildung gibt es offensichtlich innerhalb der FDP noch Differenzen.

In der Frage der Mitbestimmung wurde eine Reform des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes auf der Grundlage der eingebrachten Gesetzesentwürfe vereinbart. Hier ist es der FDP an einem stärkeren Minderheitenschutz gelegen, der jedoch CGB[166] und DKP keine Aktionsmöglichkeiten bieten darf. Die FDP betont, daß in der Frage der paritätischen Mitbestimmung die Übernahme der Montanregelung für andere Unternehmungen für die FDP nicht in Frage kommt. Die SPD erklärt, daß ihre Gesetzesvorlage auch keine volle Übernahme der Montanmitbestimmung vorsieht. Zu diesen Fragen kann eine neue Bundesregierung erst Stellung nehmen, wenn der Bericht der Mitbestimmungskommission der Bundesregierung vorliegt.

In der Krankenversicherung wird für die Angestellten eine Regelung angestrebt auf der Grundlage der Vorstellungen von SPD und FDP im Bundestag.

---

[164] Neben dem ausscheidenden Bundestagsabgeordneten Menne stimmten vermutlich Mende und Zoglmann mit Nein. Vgl. Bohnsack, Bildung von Regierungskoalitionen, S. 417, Anm. 90.

[165] WBA, Bundeskanzler und Bundesregierung 1969–1974, Mappe 61. Ms. Aufzeichnung, 3 S. Als Verfasser vermerkt: „Hans-Jürgen Wischnewski", datiert: „Bonn, den 1. 10. 1969".

[166] Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Kriegsopferrenten werden ab 1. 1. 1970 erhöht. Dabei sind strukturelle und generelle Maßnahmen vorgesehen. Die Anpassung erfolgt nach den entsprechenden Berichten der Bundesregierung alle zwei Jahre. Eine besondere Arbeitsgruppe aus Vertretern beider Parteien soll diese Frage klären.

Nach den Angestellten müssen in der Altersversorgung jetzt weitere Gruppen einbezogen werden. Gedacht ist in erster Linie an Selbständige und Hausfrauen.

Das aktive Wahlalter wird von 21 auf 18, das passive von 25 auf 21 herabgesetzt. In bezug auf die Überprüfung der Volljährigkeitsgrenze wird eine Absichtserklärung abgegeben.

Die Bildungsplanung muß zentral beim Bund erfolgen. Das Ministerium für Wissenschaft und Forschung muß die Aufgaben der zentralen Bildungsplanung mit übernehmen.

In der Frage der Länderreform muß ein Weg zur Erarbeitung eines konkreten Vorschlages gefunden werden.

Fragen der Außenpolitik werden am 1. 10. 1969 behandelt. Der Bundesaußenminister legt dazu ein Papier vor.

Die Koalition wird für vier Jahre vereinbart. Diese Absicht muß Gegenstand der Koalitionsvereinbarung sein.

Die notwendigen Entscheidungen sollen möglichst noch in dieser Woche getroffen werden.

Dokument 8

[Schreiben Manfred Freise an Friedrich Freise, Bad Godesberg, 1. 10. 1969][167]

Mein lieber Vater, sei mir gegrüßt!
Es war gut, Dich gestern abend, wenn auch nur kurz, zu hören.

Mutter hat Dir sicher das meiste übermitteln können, was es zu den Ereignissen am Sonntag und Montag[168] an Interessantem zu berichten gab. Ich hatte versprochen, Dir das Wesentliche zu schreiben, um Dich in die Lage zu versetzen, Dich an dem mitzufreuen, was auch mit Hilfe Deines zweiten Sohnes, Deines Schülers im doppelten Sinne, wohl auf den Weg gebracht worden ist. Die Vorgeschichte bis Sonntag früh kennt ihr. Die FDP-Annonce vom letzten Samstag[169] habt ihr, wie ich von Mutter hörte, bekommen. Die Ausgangslage war klar. Wir drei, nein, wir zwei Freises, von Pitti[170] weiß ich es nicht, wählten zum ersten Mal SPD Erststimme und FDP Zweitstimme.

[167] Privatpapiere Manfred Freise. Hs. unterzeichnete Durchschrift.

[168] 28. und 29. 9. 1969.

[169] Der im Bonner General-Anzeiger vom 27./28. 9. 1969 auffällig plazierte Wahlaufruf lautete: „Liebe Bonner Mitbürgerin! Lieber Bonner Mitbürger! Damit keine Stimme im Bonner Raum verloren geht, ist es wichtig, die Erststimme und die Zweitstimme der F. D. P. zu geben. Dazu sagt auch der Bad Godesberger Zahnarzt Dr. Manfred Freise: ‚Nach der Wahl Dr. Heinemanns zum Bundespräsidenten kann man wieder F. D. P. wählen!'" Mit der Annonce war Freise nach eigenem Bekunden einer Anregung Genschers, „seit Jahren selber u. mit Tochter und Mutter Patient", nachgekommen; „Machtwechsel 1969 – Eine Nachlese", unveröffentlichtes Manuskript Manfred Freise, 33 S., hier S. 20.

[170] Ernst Friedrich Freise, älterer Bruder von Manfred Freise.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ich hatte Euch erzählt, daß die Heinemanns zu einem „open house" in die Diensträume des Präsidialamtes eingeladen hatten. Das sollte erst eine große Sache werden, für Spitzenleute querfeldein. Als seine Freunde gehörten wir sozusagen wie die Familie dabei, wie bei seiner Geburtstagsfeier am 22. Juli, abends im Garten der Villa Hammerschmidt, zu einer Gesprächsrunde mit Imbiß. Alles auch so am Sonntag, unprätentiös, so wie das Ehepaar eben ist.

Als Ute[171] und ich, etwas verspätet, im Präsidialamt eintrudelten, hatte ich im Autoradio gehört, daß die FDP und [die] SPD eine Mehrheit von sechs Mandaten hätten. Mit der von mir verkündeten Nachricht kommen wir in die Runde von ca. 20 Leuten, Frau Heinemann und Nachbar Wichelhaus, die engsten Mitarbeiter des Präsidialamtes, einige Politiker wie Nau[172], Spitzenbeamte und SPIEGEL-Schreiber[173]; der war hängengeblieben, nachdem Chef Augstein, als wir hereinkamen, mit Helmut Schmidt das Amt verlassen hatte. Ich kam neben Schreiber zu sitzen. Trotz meiner tollen Nachricht, daß sich die Situation gewendet hatte, behält die Runde die langen Gesichter, die ich beim Hereinkommen registriert hatte, wie bei einer Beerdigungsfeier. Als ich dann aber unbekümmert weiterrede, von den sich bietenden Möglichkeiten spreche und von einer Mehrheit spreche, die nun mal Mehrheit ist, werde ich von dem Schreiberling Schreiber angeblubbert, gibt der mir eine Lektion wie ein Oberlehrer, Politik für Anfänger, und dann, so von oben herab: „Herr Freise, es hat einen Rechtsruck gegeben, gegen den man nicht anregieren kann." Und, was meine Zahlen anginge, das wäre eben nur einfaches Rechnen, nicht einmal Mathematik. Ihr kennt mich, daß ich nicht aufgebe, wenn ich von etwas überzeugt bin, also rede ich weiter, nicht nur nicht aufgeben, sondern drauflegen, man sollte „noch heute nacht Gespräche mit der FDP führen", trotzdem finstere Miene von Herrn Schreiber, und ich sage ihm böse, wenn die Sozis, ich unterstelle, daß er einer ist, keinen Mumm hätten und die Oppositionsrolle lieber übernähmen, als die Kanzlerpartei unter Willy Brandt zu spielen, dann hätten sie es nicht besser verdient. Nach ein paar Minuten mit Gesprächen mit Manfred Wichelhaus und Utes mit Frau Heinemann heißt es, daß im Nebenzimmer eine Sendung im Fernsehen laufe. Mischnick und seine Kollegen Barzel und H. Schmidt debattierten über das Wahlergebnis. Der Präsident, Manfred Wichelhaus und ein paar andere Herren gehen, ich dabei, rüber, um die Sendung zu sehen. Der Raum war gefüllt mit Journalisten, bekannte und mir nicht bekannte. Nach hin und her konzentrierte man sich schließlich auf die Frage, wer ist der Stärkste, und wer hat aufgrund der Stärke das Recht, zuerst mit wem (wohl mit der FDP) zu reden. Barzel sagt, sie seien die Stärksten, also würden sie zuerst reden. So wäre das seit zwanzig Jahren gewesen. Das entspräche dem Gesetz. Als H. Schmidt darauf zurückgibt, das stände aber nicht in der Verfassung, ruft Euer Sohn BRAVO und klatscht in die Hände, [ich] sehe den Präsidenten an; da macht er gar kein frohes Gesicht. Das ist ihm offensichtlich peinlich, ob der ihm auferlegten Neutralität, und das vor versammelten Journalisten.

Dann verließen wir das Fernsehzimmer gemeinsam, als mich einer von G. Heinemanns engsten Mitarbeitern ansprach: Er sei der Pressereferent[174] und hätte dem zustimmen können, was ich eingangs gesagt hätte. In der Tat solle man noch am Sonntagabend mit der FDP reden, vor der CDU. Und ich sagte, genau das plante ich jetzt zu tun. Man

[171] Ute Freise, Ehefrau von Manfred Freise.
[172] Alfred Nau, Schatzmeister der SPD.
[173] Hermann Josef Schreiber, Korrespondent des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel".
[174] Geert Müller-Gerbes.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kannte meine Annonce, also war das meine Linie. Ute, die, wie ich nach meiner Aktion hörte, CDU gewählt hatte, brachte mich mit unserem Wagen zum Bonner Talweg, zur FDP-Bundeszentrale, die ich Dir neulich mal gezeigt habe.

Nachdem ich eben irgendeinem Adlatus gesagt hatte, ich würde gern Herrn Genscher sprechen, kommt der mir schon entgegen, auch mit einem langen Gesicht, als ob er Zahnschmerzen hätte, nicht der sonst übliche Ausdruck des ewigen Strahlemanns. Ich sagte ihm, woher ich käme: Er konnte den Eindruck haben, mit Wissen des Präsidenten. Daß ich bzw. wir da die Wahlnacht verbringen wollten, wußte er nach einem Gespräch in der Vorwoche. Er beklagte die entsetzliche Situation der FDP, die fast die Hälfte ihrer Klientel verloren hatte, alle wären sehr „down", Scheel sei extrem deprimiert nach Hause gefahren und fühle sich als Verlierer der Wahl, sehr persönlich. Keiner wisse, wie es weitergehen solle. Er sei jetzt mit Kohl von Rheinland-Pfalz verabredet, worüber ich nur den Kopf schütteln konnte ... (schon wieder ein Umfaller?). Als ich ihm erkläre, warum die die Hälfte verloren hätten; [daß] Scheel mir noch vor zehn Tagen geschrieben hätte, er wäre offen für die beste Option[175], habe er sich am 25. September in der Appel-Sendung „Journalisten fragen, Politiker antworten" mit der klar erkennbaren und sogar klar ausgesprochenen Präferenz für eine Koalition mit der SPD ausgesprochen. Damit wäre alles vorentschieden gewesen. Wer die Koalition mit der CDU gewählt, nein gewollt hätte, der hätte nicht gewählt oder [mit] Erst- und Zweitstimme CDU/CSU. Wenn er jetzt mit der CDU anbändeln würde, wäre die FDP den Rest der Glaubwürdigkeit los und wieder die Umfallerpartei, dann ständen sie beim nächsten Mal ohne Wähler da. Das sieht er ganz bedröppelt ein und fragt dann, was sie jetzt denn tun könnten, [„]WIR GREIFEN NACH JEDEM STROHHALM["]; sage ich ihm: „Nicht nach jedem Strohhalm, ich werde mich noch heute abend dafür einsetzen, daß die FDP auch heute abend noch ein Angebot für eine Koalition mit der SPD von Willy Brandt bekommt." Von dem Moment an war es mir klar, jetzt geht alles nur noch im Schnellgang. Ute war nach Hause gefahren, es war wie ein Krimi. Kein Auto, keine Taxe in Sicht, keine Zeit zum Anrufen. Da sehe ich im Vorhof der Zentrale einen VW stehen, mit einem Fahrer in der Nähe. Ich sagte ihm, ich müßte auf dem schnellsten Weg in das Präsidialamt, in die Kaiser-Fr[ie]dr[ich-]Straße; weiß er auch nicht. Also dirigiere ich ihn stadteinwärts, bis zur Weberstraße, will nach rechts, ist aber Einbahnstraße, und verspreche ihm, außer dem vereinbarten großen Trinkgeld für das Fahren auch noch jedes Strafmandat zu bezahlen. Er macht mit, und dann sind wir zwei Minuten später am Schlagbaum des Präsidialamtes. Hoch zum Staatssekretär D. Spangenberg, dem alten Mitstreiter von Brandt aus der Berliner Staatskanzlei, ein eher dröger Mecklenburger, Träger des Deutschen Kreuzes in Gold und dann im Strafbataillon, habe ich von den Heinemanns gehört. Aber guter Kopf. Allein in einem Zimmer, sage ich ihm, was eben gelaufen ist, beschreibe die Situation der FDP und wiederhole genau das, was eben zwischen Genscher und mir gesprochen wurde bzw. was Euer Sohn, Dein guter Schüler in Sachen Politik, ihm als Lagebeschreibung angeboten hatte. Dann stellt der

[175] Das mit persönlicher Anrede und der Signatur Scheels versehene Standardschreiben wurde eröffnet mit „Frage Nummer 1, die uns gestellt wird: Mit wem macht die F. D. P. eine Koalition?" Die Antwort laute, „wo wir unser Konzept am besten durchsetzen können – mit dieser Partei werden wir zusammenarbeiten". Was „die Regierung Kiesinger kaputtgeschlagen" habe, müsse die nächste Regierung „mühsam kitten". Es dürfe „keine Regierung der großen Koalition mehr geben". Das Schreiben mündete in den Aufruf, Erst- und Zweitstimme für die F. D. P. zu geben. Schreiben Walter Scheel an Manfred Freise, 19. 9. 1969, in: Privatpapiere Manfred Freise.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mann nur eine Frage – [„]Und was denken Sie, was ich jetzt tun soll?["] Worauf ich ihm sage, Willy Brandt anrufen und ihm sagen das, was ich eben berichtet habe, wer der Überbringer der Nachricht ist im Verhältnis zum Präsidenten, zu Genscher und zur FDP, auch meine Auffassung von [„]Mehrheit ist Mehrheit["]. Auch, daß man der CDU zuvorkommen müßte, noch heute abend, mit einem Angebot an die FDP und über die Fernsehkanäle. Der Mann macht ein Pokerface, dreht sich nach halb rechts, sieht hoch an einem grauen Veloursvorhang, UND ZÖGERT, für mich fast zu lang, und sagt dann schließlich – [„]Ja, ich mach's["]. Ruft die Baracke an, verlangt nach W. Brandt, es vergehen wohl ein bis zwei Minuten, dann macht der Mann den besprochenen Spruch, recht genau, und legt auf. Als ich frage, wie Brandt reagiert habe, sagt Sp., er sei einsilbig gewesen, habe nur mehrere Male [„]Ja, ja["] gesagt und – [„]Wir wollen sehen["]. Das war's, und dann sagte Sp., man müßte den Präsidenten trotzdem informieren. Im übrigen wäre es richtig, daß ich G. H. da rausgehalten hätte. Heinemann stand mit Manfr. Wichelhaus zusammen, als Sp. ihn informiert, der Pressereferent tritt mit mir dazu. Gustav Heinemann scheint alles andere als begeistert, nein, er guckt nach unten rechts, wie es für ihn typisch ist, wenn er etwas nicht mag oder verlegen ist. Dann sagt er, daß er große Zweifel hat an der Machbarkeit meines Plans, hauptsächlich wegen der innerparteilichen Situation bei der SPD und der FDP. Die Liberalen hätten ihren Mende und – [„]wir haben unse . . .["], zögert, und ich beende den Satz [„. . .] unseren Herbert Wehner["]. Heinemann: [„]Genau so.["] Also, Euer Sohn, worauf warten, auf zu Herbert Wehner, und Manfr. Wichelhaus, Freund und Nachbar, sagt spontan: [„]Da mache ich mit.["] Keine Reaktion vom Präsidenten, war wohl auch nicht zu erwarten. Wir erreichen, einen Dienstwagen vom Präsidialamt zu bekommen, den schwarzen Mercedes mit dem Kennzeichen BD 5-5, nicht ganz korrekt, Heinemann hätte es wohl abgelehnt. Aber es ging um die Wurst. Wir erreichen ziemlich schnell die überfüllte Baracke (mit langen Gesichtern tragenden Anhängern) und auch im Zimmer von Nau Herbert Wehner. Der kommt mit heruntergelassenem Visier, mürrisch im Ausdruck, und ich sage gleich, nach Vorstellung, ich käme von der FDP, die noch für diesen Abend ein Angebot für eine Koalition von der SPD brauchte, beginnt der gleich, mich anzubellen. [„]FDP, FDP, die Pendlerpartei, wenn die was wollen, dann sollen die gefälligst kommen.["] Was die sich vorstellten, jetzt und dann noch mit diesen Zahlen. Usw. Da werde ich böse ob soviel Dummheit und wegen des Stils, als ob ich ihm eine alte Hose verkaufen wollte! Und blubbere in gleichem Tonfall zurück; er wolle der Cheftaktiker der SPD sein, was er da liefere, sei nur peinlich. Sage, die FDP läge mit der Nase im Dreck und solle da noch gekrochen kommen. Ob er nicht wüßte, daß das die Partei wäre, mit der die SPD in Berlin nur ihren Kandidaten für den Bundespräsidenten durchgebracht hätte und ohne deren Mandate es auch keinen SPD-Bundeskanzler geben würde; oder ob er wieder in die Opposition wollte oder wieder Juniorpartner unter Kiesinger spielen wollte – [„]Herr Wehner, entscheiden Sie sich, Sie können nur das eine oder das andere haben.["] Ich hatte ihn dabei scharf beobachtet und stellte fest, der Mann knickt ein. Und tatsächlich wird der Mann geschäftsmäßig und sagt – [„]Na gut, wo ist Kühn.["] Dann gab es noch ein Wortgeplänkel, als man dessen Telefonnummer nicht findet, aber mit dem Ergebnis, daß sich M. Wichelhaus und ich anboten, ihn aus der Landesregierung[176] in die Baracke zu holen. Der war übererregt, als er von mir hört, was anliegt, wirft Messer und Gabel zur Seite und rannte heraus. Wir fuhren dann zur Baracke, und ich erkläre ihm

[176] Gemeint: „Landesvertretung".

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Situation. Dann fuhren wir mit „unserem[“] Wagen zurück ins Präsidialamt und informierten unseren neuen Präsidenten, was sich inzwischen ereignet hatte und daß davon ausgegangen werden könnte, daß Brandt, ohne Wehners Widerstand, sich so verhalten würde, wie vorgeschlagen, d. h. auch das Vorhaben, mit der FDP eine Regierung zu bilden, am Fernseher bekanntzugeben. Was ihn nicht umstimmt, und [er] sagt uns/[„]Ich halte nichts von solchen Ankündigungen, genausowenig wie von Verlobungsanzeigen.[“] Zurück in der Landesvertretung, Du kennst sie, ich habe sie Dir im Juli noch gezeigt und Dir erzählt, daß zum Hausherrn[177] ein enges Verhältnis besteht. Wir hatten ihn neulich zum Essen in die Cäcilienhöhe eingeladen, nachdem er sich für die Einbürgerung eines pers[ischen] Kollegen verwandt hatte. Gute Schule, Tatchrist wie Gustav Heinemann. Er schickte Ute nach dem Essen einen großen Blumenstrauß. [. . .][178]

Zurück in der Landesvertretung, harren wir der Dinge, die da kommen sollten, d. h. auf Heinz Kühn, unseren M[inister-]P[räsidenten], der schließlich mit erhobenen Händen hereinkommt. Auch hier kommt jetzt: [„]Wir machen's![“] Er hatte Georg Leber[179] und Senator Hoppe von der Berliner FDP im Schlepptau. Inzwischen war der große Konferenztisch ziemlich besetzt. Alle SPD-Minister, glaube ich, jedenfalls Arbeitsminister Figgen, Landwirtschaftsminister Deneke und Herr und Frau Neuberger[180] (der Sohn, heißt es, ist isr[aelischer] Pilot). Kühn berichtet von den Erfolgen, daß, im Grunde genommen, alles gelaufen sei, wie vorhersehbar. Das Problem sieht Kühn, daß die FDP vor einer „nie dagewesenen Zerreißprobe“ stände. Als der das sagt, wende ich ein, da gibt es die Lösung, man gibt der FDP ein Extraministerium und wertet sie auf, da antwortet er, das sei kein Problem, das sei machbar. Er hätte das bei gleichen Verhältnissen in NRW eben so gehalten.

Dann kommt schließlich Helmut Schmidt, die große Wolke, setzt sich neben Kühn, und Diether Posser spricht ihn als Hausherr an, er kenne ja die Runde, kenne sicher auch Manfred Wichelhaus, Gustav Heinemanns Schwiegersohn; aber wen er wohl nicht kenne, daß sei wohl Dr. Freise, hier neben uns. Sagt, ich hätte heute abend zwischen FDP und SPD den Kontakt hergestellt, von Genscher über Spangenberg zu Herbert Wehner, und erzählt dann kurz die bekannte Geschichte. [„]Herr Freise ist nicht nur Freund und Zahnarzt von Gustav Heinemann, sondern auch von Genscher und der von Rainer Barzel.[“] Dann Schmidt: „ZAHNARZT VON BARZEL? Nach dieser Nacht braucht die CDU keinen Zahnarzt mehr, die sind jetzt zahnlos.“ Dann kommen weitere lose Sprüche von ihm – damit sei die paritätische Mitbestimmung vom Tisch . . ., „aber das war ja sowieso alles Quatsch“. Da gibt es nur einen Satz von Sozial-Figgen, „na, so kann man das aber auch nicht sagen“. Ende. Auch das Mehrheitswahlrecht sei damit wirklich vom Tisch. Es hörte sich an, daß die dazugehörigen Wahlaussagen nur eine „lästige Last“ waren. Dann flachst man herum. Helmut Schmidt renommiert mit den Stimmenzahlen in seinem Wahlkreis. Da wirft jemand ein, da hätten ihn sicher alle Nutten von St. Pauli gewählt.

Das ist mir sehr peinlich vor der anwesenden Dame, Frau Neuberger, eine gutaussehende Jüdin. In welchem Verein bin ich hier gelandet? Aber Schmidt antwortet keß: Besser,

[177] Diether Posser (SPD), Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen.

[178] Es folgen drei Sätze themenfremden Inhalts.

[179] Bundesminister für Verkehr.

[180] Werner Figgen, Minister für Arbeit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Diether Deneke, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Justizminister Josef Neuberger und Ilse Neuberger.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß die Nutten SPD wählen als die Betschwestern CDU und CSU. Gut, daß es Leute wie D. Posser, Joh. Rau[181] und Gustav Heinemann in der neuen SPD gibt ... Man bricht schließlich auf, es war ein langer Tag. Kühn und ich verabreden, uns morgen auszutauschen. Da tritt, auf dem Wege von der L[andes]-Vertretung, Herr Senator Hoppe auf mich zu, welche Rolle er in Berlin spiele und daß er, wie ich heute, in Berlin 1963 auch eine FDP/SPD-Koalition vermittelt hätte. Aber dieses hier sei eine Nummer größer, und wenn das klappen würde, hätte ich in die Geschichte eingegriffen. Ich muß zugeben, lieber Vater, mein großes Vorbild, das hat mir gutgetan. Ähnlich wie das, was Heinz Kühn Montag mittag sagte, nachdem er vor der TV-Kamera gefragt worden war, ob er der Vater der sich anbahnenden SPD/FDP-Koalition sei, da sagte er, nachdem die Kamera ausgeschaltet wurde, Eurem hinter ihm stehenden Freise Junior (2): [„]Die Frage war mir unangenehm, ich konnte doch nicht sagen, dafür brauchten wir als Mittelsmann einen jungen parteilosen Zahnarzt aus Bad Godesberg.["]

Das war's. Ich denke, Ihr freut Euch mit mir. Ich bin fest davon überzeugt, daß das unserem Land helfen wird. Wir brauchen doch den Wechsel, darüber waren wir uns doch einig. Heute gibt es eine Menge Tippfehler. Ich bin etwas müde; es waren doch aufregende Tage, mit nur wenig Schlaf.

[...][182]

Das war's. Herzliche Grüße und beste Wünsche von Eurem Euch sehr liebenden Sohn *Manfred*

Dokument 9

[Schreiben Manfred Freise an Willy Brandt, Bad Godesberg, 18. 10. 1969][183]

Sehr geehrter Herr Minister!
Bei der Ankunft von US-Botschafter RUSH[184] waren wir wegen des Newsweek-Artikels in Kontakt[185].

Ob Sie inzwischen von Herrn Spangenberg erfahren haben, daß ich es war, der am Wahlabend um 21.45 Uhr, als alle durch die Ergebnisse entmutigt waren, die Initiative ergriff und von der Villa Hammerschmidt aus – ohne Wissen des mir befreundeten Bundespräsidenten – zur FDP den Kontakt aufnahm, zu Genscher fuhr, von ihm das fortgesetzte Interesse an der jetzt zu bildenden Koalition erfuhr, diese Nachricht über Herrn Spangen-

[181] Vorsitzender der SPD-Fraktion im Nordrhein-Westfälischen Landtag.

[182] Es folgen fünf Sätze über Reisepläne und bevorstehende Gespräche mit Vertretern des amerikanischen Senats und des Außenministeriums in Washington, D. C. Vgl. Dokument 9.

[183] Privatpapiere Manfred Freise, Bonn; Durchschrift, datiert: „Bad Godesberg, den 18. Oktober 1969".

[184] Kenneth Rush, amerikanischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland.

[185] Die Wochenzeitschrift „Newsweek" hatte Mitte Juli 1969 über angebliche abfällige Äußerungen aus der Umgebung des Bundeskanzlers über den designierten Botschafter Rush berichtet. Dazu Schreiben Manfred Freise an den Chef des Bundeskanzleramtes, Karl Carstens, 19. 7. 1969, und Schreiben Freise an den Bundesminister des Auswärtigen, Willy Brandt, 20. 7. 1969. Mit Schreiben vom 21. 7. 1969 antwortete der Leiter des Ministerbüros, Gerhard Ritzel, im Auftrag Brandts. Alle Schreiben in: Privatpapiere Manfred Freise.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

berg an Sie weiterleitete, dann mit Dr. Heinemanns Schwiegersohn bei Ihnen in der Baracke mit Herrn Wehner über dieses Angebot sprach, Herrn Kühn von der NRW-Vertretung holte und zu Alex Möller brachte, am frühen Morgen SPIEGEL-Schreiber bat, den angekündigten Spiegel-Titel: [„]KIESINGER Sieger der Wahl[“] auf Grund der anders gelaufenen Entwicklung gegen [„]Machtwechsel in Bonn[“][186] auszutauschen (was die Spiegel-Leute von sich aus schon nach Ihrem Fernsehauftritt um Mitternacht entschieden hatten) und schließlich über Minister Fessenden[187] Montag früh Sutterlin in Washington bat, die Nixon-Botschaft an Kiesinger zu korrigieren durch den dann um 22.00 [Uhr] ausgestrahlten Hinweis ... gute Beziehungen zur Bundesregierung, unabhängig davon, ob der Kanzler Kiesinger oder Brandt heißt – weiß ich nicht. Das ist auch nicht so wichtig; ich habe keine politischen oder personellen Ambitionen. Wichtig allein ist, daß Sie gewählt werden und die vorgesehene Koalition zustande kommt.

Diese Einleitung nur zur Erklärung meines Anliegens: Nach Äußerung von Herrn Spangenberg vor meinem Abflug nach New York und Washington hatte ich Ihr Einverständnis zu Gesprächen mit den mir gut bekannten Herren Sutterlin und Hillenbrand[188] im State Department und mit Sen[ator] J. W. Fulbright[189] im Senat. [...][190]

Meine Kontaktaufnahmen in der Wahlnacht habe ich natürlich schon mit Rücksicht auf die Stellung des Bundespräsidenten für mich behalten. Es gäbe sicher sonst von der Gegenseite unangebrachte, ungerechtfertigte Kombinationen, die nur schaden würden.

Mit freundlichen Grüßen und besten Wünschen

Ihr sehr ergebener

Dokument 10

[Niederschrift eines Gesprächs von Gustav W. Heinemann mit Manfred Wichelhaus, vermutlich Juli 1975, Wolpadingen][191]

[Wichelhaus:] 1. möchte ich, daß Du noch mal erzählst, was Du gerade erzählt hast, die Bundestagswahl Herbst 1969 und die Regierungsbildung der neuen Koalition SPD/FDP.

---

[186] Das schlicht gestaltete Titelblatt trug die Überschrift: „SPD/F. D. P. Machtwechsel in Bonn?“. Der Spiegel, Nr. 40, 30. 9. 1969.

[187] Russel Fessenden, Gesandter an der amerikanischen Botschaft im Range eines „Minister“.

[188] James S. Sutterlin, Leiter des Deutschlandreferats, und Martin J. Hillenbrand, Leiter der Europaabteilung im amerikanischen Außenministerium.

[189] James W. Fulbright, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Beziehungen des Senats.

[190] Es folgen nähere Ausführungen Freises über die stattgefundenen Unterredungen in den Vereinigten Staaten von Amerika.

[191] AdsD, Nachlaß Gustav W. Heinemann, Teil 2, Mappe 037 (b), ms. Niederschrift, 3 S. Hs. überschrieben: „1. B[undes-]P[räsident] Herbst 1969 (Bundestagswahl)“. Das Gespräch ist eines von mehreren, die Heinemann in den Jahren 1974/75 mit Diether Posser, Wichelhaus, Helmut und Brigitte Gollwitzer führte; die Gespräche wurden auf Tonband aufgezeichnet, niedergeschrieben und in einem thematisch orientierten Inhaltsverzeichnis erfaßt. Zeit, Ort und Wichelhaus als Teilnehmer des vorliegenden Gesprächs ergeben sich mit hoher Wahrscheinlichkeit aus dem Kontext der anderen Gesprächsniederschriften. Gemeinsam mit einer weiteren, abweichend paginierten Niederschrift eines Gesprächs zwischen Wichelhaus und Heinemann zum gleichen Thema bildet es die Nummer 17 des Inhaltsverzeichnisses der Tonbandgespräche Heinemanns.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

[Heinemann:] Die Bundestagswahl 1969 ergab zur vielseitigen Überraschung eine kleine Mehrheit der sozial-liberalen Koalition, eine Mehrheit von nur 8 Stimmen. Am Morgen nach der Wahl, recht früh, rief mich Brandt an und sagte: Er wäre entschlossen, sich um das Amt des Bundeskanzlers zu bemühen. Ich habe wenig später Kiesinger, der noch Bundeskanzler war und in dessen Großer Koalition ich ja als Justizminister mitgespielt hatte, von dieser Mitteilung Brandts unterrichtet.

[Wichelhaus:] Warst Du dazu ermächtigt von Brandt?

[Heinemann:] Nein, das habe ich aus Eigenem getan, so aus dem Gefühl heraus, das war ja nicht eine private Mitteilung Brandts an mich, sondern eine irgendwie amtlich gedachte, die die entsprechenden Auswirkungen haben sollte. In dem Sinne habe ich es an Kiesinger weitergegeben, der vielleicht auf anderen Wegen schon Ähnliches gehört haben mochte. Es dauerte nicht mehr sehr lange, dann kamen Brandt und Scheel gemeinsam zu mir ins Bundespräsidialamt und erklärten ihre Regierungsverlobung, d. h. ihre Entschlossenheit, gemeinsam eine Regierung zu bilden unter der Kanzlerschaft von Brandt. Nun obliegt es ja dem Bundespräsidenten, nach der Neuwahl eines Parlamentes einen Vorschlag zu machen für die Wahl des Bundeskanzlers. Es gab damals vielfältige Erwartungen, daß ich den Chef der stärksten Fraktion im Bundestag vorschlagen müßte. Das war natürlich Herr Kiesinger. Aber so, wie die Dinge sich schon abzeichneten und sonderlich auch im Hinblick auf die Erklärung, die Brandt und Scheel mir gemacht hatten, war ja wenig Aussicht, daß Kiesinger gewählt werden würde. Ich bin ja überhaupt nicht verpflichtet, jemand Bestimmtes vorzuschlagen oder eine bestimmte Fraktion mit ihrem Vorsitzenden vorschlagsmäßig zu benennen. Ich habe also Brandt benannt. Er ist gewählt worden, wie jedermann weiß. Hätte ich Kiesinger benannt, wäre er, wie die Dinge doch lagen, nicht gewählt worden. Ob ihm das seine Situation psychologisch erleichtert hätte, noch den Vorschlag, zum Bundeskanzler gewählt zu werden, von mir zu hören, weiß ich nicht. Jedenfalls hatte es doch keinen Sinn. Das Vorschlagsrecht des Bundespräsidenten bekommt doch nur dann ein eigenes Gewicht, eine eigene Bedeutung, wenn sich in dem neugewählten Parlament keine Mehrheit deutlich abzeichnet, wenn da noch eine größere Zahl von Parteien am Werke wären, die sich nicht so recht zu einigen vermochten. Dann kann u. U. das Vorschlagsrecht des Bundespräsidenten sachliche Bedeutung bekommen. Sonst ist es einfach nur eine Formalie dessen, was ist.

[Wichelhaus:] Zwei Fragen dazu: 1. Wurde Dir aus CDU-Kreisen der Wunsch nahegelegt, trotz der zu befürchtenden Niederlage Kiesinger als Chef der Fraktion[192] zu benennen, oder konntest Du da irgendwie vermuten, daß das trotzdem der Wunsch sei? Und 2., kann man Dir nicht vorwerfen, Du hättest parteiisch gehandelt nach Deinem politischen Interesse? Es hätte doch sein können, daß wenn Du Kiesinger vorgeschlagen hättest, möglicherweise unter den Abgeordneten der beiden anderen Parteien welche abgesprungen wären und Kiesinger gewählt hätten. Denn es gab ja in den anderen Parteien, auch in der FDP, Bedenken gegen die sozial-liberale Koalition.

[Heinemann:] Also, mir ist nicht in Erinnerung, daß ich von CDU-Seite angeredet worden wäre, Kiesinger vorzuschlagen. Dieser Vorschlag ergab sich für mich aus den eben schon genannten Zusammenhängen.

[Wichelhaus:] Also, nicht nur, ob von der CDU die Anregung gekommen ist, sondern auch, ob das Dir hätte ausgelegt werden können als ein parteiliches Verhalten.

[192] Gemeint: Kanzlerkandidat der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Fraktionsvorsitzender war Barzel.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

[Heinemann:] Das ist natürlich geschehen. Einige Zeitungen, wahrscheinlich an der Spitze, wie üblich, der Rheinische Merkur, haben mir dann vorgehalten, es hätte sich nicht gehört, den Vorsitzenden der stärksten Fraktion im Bundestag zu übergehen[193].

[Wichelhaus:] Ja, damit ist das Kapitel, glaube ich, abgeschlossen.

3. Kommt da nicht eigentlich dabei heraus, daß das ein Ermessensspielraum für Dich war? Wohl ein Ermessensspielraum, aber doch eigentlich, man muß sich mit den Gegebenheiten abfinden.

[Heinemann:] Wer Bundeskanzler werden will, braucht eine Mehrheit. Wenn sich eine solche darstellt, hat doch der Bundespräsident wirklich keine andere Aufgabe, als das deutlich zu machen. Er kann doch die Mehrheit nicht einfach beiseite denken.

[Wichelhaus:] Nein, im Gegenteil, es hätte Dir das gegensätzliche Verhalten bei der Situation von Kiesinger schlecht ausgelegt werden [können].

[Heinemann:] Na ja, gut.

[193] Zu den Vorwürfen gegen Heinemann vgl. Zundel, „Amoklauf der Enttäuschten", in: Die Zeit, 17. 10. 1969.

Jahrgang 48 (2000), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte